

26.02.2025



**Platz
des 18. März**

LaG-Magazin

Lernen aus der Geschichte

1848.

**ORTE DER REVOLUTION –
ORTE DER ERINNERUNG**



AGENTUR FÜR
BILDUNG
GESCHICHTE
POLITIK

Lernen aus der
Geschichte



STIFTUNG ORTE DER DEUTSCHEN
DEMOKRATIEGESCHICHTE



Schild, das per Beschluss des Landes Berlin 1998 für den "Platz der Märzrevolution" am Maxim-Gorki-Theater vorgesehen war. Die Schilder wurden in Auftrag gegeben, aber das Vorhaben nie umgesetzt. Volker Schröder von der *Aktion 18. März* kaufte eines der Schilder und stellte es im Hinterhof seines Wohnhauses auf. Foto: Volker Schröder.

ZUR DISKUSSION

Erinnerungen an die europäische Revolution von 1848	<u>08</u>
Das Revolutionsjubiläum von 1848 als politische Projektionsfläche	<u>16</u>
1848 und die Erinnerung an den Aufstand der Frauen	<u>24</u>
Zivilgesellschaftliches Erinnern an 1848/49 – die Aktion 18. März	<u>31</u>
Die Revolution findet nicht auf Berliner Straßenschildern statt	<u>40</u>
Der Friedhof der Märzgefallenen. Ein Erinnerungs- und Lernort für Demokratie	<u>47</u>
Erinnern an 1848/49 im Revolutionsmuseum Rastatt	<u>57</u>
Erinnerung an 1848/49 in Lörrach: der lokale und der europäische Blick	<u>64</u>

INHALT

PROJEKT

Planspiel „In der Paulskirche“

72

EMPFEHLUNG SACHBUCH

Begrenzte Erinnerung an Vielfalt.
Rezension „Akteure eines Umbruchs.
Männer und Frauen der Revolution von 1848/49“

78

EMPFEHLUNG BILDUNGSMATERIAL

Deutsche Revolutionen im Unterricht.
Empfehlungen zu Bildungs- und
Lehrmaterialien zu 1848 und 1989

83

Liebe Leser*innen,

die Revolution von 1848 gilt als wichtiger Meilenstein der Demokratiegeschichte in Deutschland. Unter dem Einfluss revolutionärer Unruhen in Frankreich forderte man auch im Deutschen Bund Rede- und Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, politische Gleichberechtigung und nationalstaatliche Einheit zum Teil auch ohne Monarchien. Der 18. März 1848 gilt als einer der Höhepunkte der Revolution von 1848 in Berlin: Gewaltsame Barrikadenkämpfe in Berlin führten zu zahlreichen Verletzten und Toten. Rund 250 Tote dieser Märzrevolution sind auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain begraben. Zugleich ist der 18. März ein zentrales Datum für die Demokratiegeschichte in Deutschland und steht nicht nur für die Barrikadenkämpfe der Märzrevolution 1848 in Berlin, sondern auch für die Gründung der Mainzer Republik 1793 und für die erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR 1990. Der Berliner Verein „Aktion 18. März“ setzt sich daher seit 1978 dafür ein, den 18. März zum nationalen Gedenktag zu erklären. Veranstaltungen wie auf dem Friedhof der Märzgefallenen, die Umbenennung des Platzes vor dem Brandenburger Tor in „Platz des 18. März“ oder Gedenktafeln an Orten der Barrikadenkämpfe erinnern heute an den 18. März als historisches Datum der Demokratiegeschichte.

Das LaG-Magazin stellt in dieser Ausgabe die Frage, wie wir uns heute an den 18. März und an die Revolution von 1848/49 erinnern. Wann war „1848“? Kann man es auf das Datum des 18. März 1848 beschränken oder schreibt es sich ein in eine lange Geschichte von revolutionären Unruhen vom Hambacher Fest 1832 über 1848 hinaus? Wo fand die Revolution von 1848 statt? In der Frankfurter Paulskirche, auf den Barrikaden in Berlin, bei den Aufständen in Baden oder auch in Wien und Paris? An wen wird heute erinnert als Akteur der Märzrevolution? An Bürger*innen, Arbeiter*innen, Soldaten, Frauen, an die städtische Be-

völkerung? Die Beiträge der Ausgabe widmen sich der Erinnerung an 1848 in Berlin, Baden und Frankfurt/Main, der Einordnung der Märzrevolution im heutigen kulturellen Gedächtnis und stellen verschiedene Initiativen und Bildungsmaterialien zu 1848 vor.

Rüdiger Hachtmann beschreibt die Ereignisse und die Erinnerung an die Revolutionen von 1848 in verschiedenen Ländern Europas.

Manfred Hettling erläutert, wie die heutige Erinnerung an die Revolution von 1848 von aktuellen Entwicklungen beeinflusst ist und das Bild von 1848 prägt.

Kerstin Wolff zeigt in ihrem Beitrag die Rolle von Frauen in der Revolution von 1848 und die Erinnerung an einige ausgewählte Persönlichkeiten auf.

Christoph Hamann zeichnet nach, wie die Initiative „Aktion 18. März“ entstand und welche Ziele und Projekte der Verein für eine wertschätzende Erinnerung an den 18. März 1848 verfolgt.

Jürgen Karwelat nimmt die Leser*innen mit auf einen historischen Spaziergang durch Berlin und berichtet, welche Straßen und Plätze heute an die Revolution von 1848 erinnern.

Susanne Kitschun und *Paul Schmitz* beschreiben die Geschichte des Friedhofs der Märzgefallenen in Berlin und wie heute vor Ort der Ereignisse und der „Märzgefallenen“ gedacht wird.

Elisabeth Thalhofer stellt die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt und die Besonderheit dieses badischen Erinnerungsortes der deutschen Revolution von 1848 vor.

Jan Merk widmet sich der Erinnerung an 1848 im Dreiländermuseum Lörrach aus einer lokalen, deutschen, französischen und schweizerischen Perspektive.

Jan Meiser stellt das Planspiel „In der Paulskirche“ vor, das Schüler*innen spielerisch die Debatten und Entwicklungen in der Frankfurter Paulskirche 1848 nahebringt.

Sabrina Pfefferle beschreibt in ihrer Rezension der aktuellen Publikation *Akteure eines Umbruchs* verschiedene Persönlichkeiten, die für die Revolution von 1848 von Bedeutung waren.

Stephanie Beetz empfiehlt aktuelle Bildungsmaterialien, die als Buch, App oder Webseite zu historischen Ereignissen von 1848 informieren.

Die Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte förderte das Themenheft, das an die Ereignisse von 1848/49 erinnert und zur Diskussion über die Einführung des 18. März als nationalen Gedenktag anregen soll. Die Ausgabe lädt dazu ein, sich mit den verschiedenen Räumen und Persönlichkeiten der Revolution von 1848 zu beschäftigen. Sie möchte anregen, über den 18. März als Gedenktag der deutschen Demokratiegeschichte nachzudenken und zu fragen, wie uns die Forderungen nach Wahlrecht, Pressefreiheit oder Selbstbestimmung von 1848 bis heute beeinflussen.

Wir danken an dieser Stelle herzlich Daniel Hadwiger, der diese und die letzte Magazinausgabe zu „Straße als Ort demokratischer Aushandlungsprozesse“ mit hoher Fachkompetenz und ebensolchem Engagement redaktionell betreut hat. Er wendet sich nun verstärkt dem Vermittlungsformat Ausstellung zu, für diesen Weg wünschen wir ihm viel Erfolg. Auf die redaktionelle Leitung des *LaG*-Magazins freut sich nun Ulrike Rothe, langjährige wissenschaftliche Mitarbeiterin der Agentur für Bildung. Sie be-

reitet bereits die nächste *LaG*-Ausgabe anlässlich des 80. Jahrestages des Kriegsendes 1945 vor, die am 8. Mai 2025 erscheinen wird.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihre

***LaG*-Redaktion**

Erinnerungen an die europäische Revolution von 1848

Rüdiger Hachtmann

Keine Revolution des 19. und 20. Jahrhunderts war so ausgeprägt gesamteuropäisch wie die von 1848/49. Traditionsbildungen und Gedenkkulturen, die sich in den folgenden Jahrhunderten um dieses Großereignis bildeten, waren in den verschiedenen europäischen Staaten jedoch höchst unterschiedlich. Die „transkontinentale Lawine“ (Hachtmann 2025), die über Europa hinwegfegte, wurde trotz aller Gemeinsamkeiten erst „im Rückblick nationalisiert“ – und mit ihr Traditionsbildung und Erinnerungskultur (Clark 2023: 9f.).

»Keine Revolution des 19. und 20. Jahrhunderts war so ausgeprägt gesamteuropäisch wie die von 1848/49.«

I. UNGARN

Ein anschauliches Beispiel dafür, welch hohen Stellenwert Ereignisse in den Revolutionsjahren für die nationale Traditionsbildung gewinnen konnten, ist der Mythos des 15. März 1848 in Pest und Buda, die damals noch nicht zu einer Stadt vereinigt waren. Nachdem sie die Nachrichten von der Revolution am 13./14. März in Wien erreicht hatten, verlangten junge Intellektuelle um den Dichter Sandor Petöfi in Zwölf Punkten u.a. ein von Wien unabhängiges Ministerium, ein eigenes Parlament, den Abzug sämtlicher österreichischer Truppen und den Aufbau einer eigenständigen Nationalarmee.

Danach war der ungarische Staatsverband, der die gesamte riesige östliche Hälfte des Habsburgerreiches umfasste, de facto ein unabhängiger Staat – bis Anfang August 1849, als die ungarische Revolution schließlich niedergeworfen wurde.

In den folgenden eineinhalb Jahrhunderten wurde der 15. März 1848 zum zentralen Baustein des ungarischen Nationalbewusstseins. 1882 wurde in Budapest ein Denkmal zu

Ehren Petöfis errichtet und fortan bezogen sich die unterschiedlichsten politischen Strömungen positiv auf den 15. März. Ab 1956 gilt dieses Datum als ungarischer Nationalfeiertag – über die verschiedenen politischen Regime hinweg. „Ohne 1848 konnte niemand nach 1848 Politik machen“ (Erdödy 2000: 159).

»Zum Mythos wurde der 15. März 1848, weil sich um ihn ein weiterer Mythos ranken ließ: die „Befreiung von Fremdherrschaft“.«

Zum Mythos wurde der 15. März 1848, weil sich um ihn ein weiterer Mythos ranken ließ: die „Befreiung von Fremdherrschaft“: Damit ließen sich der sozial-emanzipatorische Inhalt der Revolution und die scharfen *inneren* Konfliktkonstellationen ausblenden. Der Feind stand in jedem Fall außerhalb der Landesgrenzen. 1849, 1956, 1989 und bis in die jüngere Gegenwart war dies – Russland.

II. PREUSSEN UND DAS DEUTSCHE REICH

Anders war dies in Preußen und im Deutschen Reich. Weder vor der Reichseinigung 1871 noch im Kaiserreich und in der Weimarer Republik gelang es, einen geschlossenen Nationalmythos um die Revolution Mitte des 19. Jahrhunderts zu verankern. Um deren richtige Deutung entbrannte vielmehr ein heftiger Konkurrenzkampf. Markant zeigte sich dies am 50. Jahrestag der Revolution, am 18. März 1898.

An diesem Tag wurde der Reichstag zum Schauplatz einer Debatte, die sich rasch von ihrem ursprünglichen Gegenstand, einer Gesetzesvorlage zur Reform der Militärgerichtsbarkeit, entfernte. August Bebel, Vorsitzender der SPD, ehrte im Reichstag die Märzgefallenen von 1848 und kritisierte scharf die Abwertung ihrer Opfer, indem er deren Einsatz für Freiheit und Reformen verteidigte. Der konservative Abgeordnete Bernhard von Puttkamer-Plauth sah in Bebels emotionaler Rede den Beweis, dass die SPD keine gemäßigte Reformpartei sei, und würdigte stattdessen die königstreuen Soldaten von 1848.

Die gespaltenen Liberalen standen zwischen diesen Fronten. Die Nationalliberalen reduzierten die Revolution auf eine Vorgeschichte der deutschen Einigung von oben, durch Bismarck 1871. Für sie war der Barrikadenkampf des

18. März 1848, „dieser Tag in Berlin“, wie ihr Fraktionsvorsitzender Rudolf von Bennigsen formulierte, „verhängnisvoll und störend“. Auch für die Linksliberalen hatten die Märzrevolutionäre „irrtümlich“ auf den Barrikaden gestanden, aber immerhin „für eine große und gute Idee gekämpft“, so 1898 deren Abgeordneter Munkel (Reichstag 1897/98: 1605 ff.).

Für die Liberalen markierte der 18. Mai 1848, der Zusammentritt der Deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, den Kontrapunkt zum 18. März. Revolution war für sie wie für die Konservativen kontaminiert. Namentlich die Liberalen begründeten und fokussierten eine Traditionslinie, die ignoriert, dass es ohne die Februar- und Märzrevolutionen die anschließend entstehenden modernen Parlamente nicht gegeben hätte.

»Die Spaltung im Gedenken an die Berliner Märzrevolution durchzieht die Geschichte bis mindestens 1948.«

Die Spaltung im Gedenken an die Berliner Märzrevolution durchzieht die Geschichte bis mindestens 1948. Schon wenige Monate nach dem Scheitern der preußischen Revolution im November 1848 sperrten die Behörden den Friedhof der Märzgefallenen als den wichtigsten Gedenkort der Hauptstadt ab, um so jegliche Erinnerung an die Märzrevolution zu tilgen (siehe den Beitrag von Susanne Kitschun und Paul Schmitz in diesem Heft). 1850 wurden die Wege zum Friedhof abgesperrt, dieser selbst eingezäunt und mit dichtem dornigen Gestrüpp umgeben.

Magistrat und Ministerium trugen sich sogar mit dem Gedanken, die im Friedrichshain „liegenden Leichen der in der März-Revolution von 1848 Gebliebenen nach den betreffenden Parochial-Kirchenhöfen zu translociren“, wie die Spenersche Zeitung am 9. November 1856 meldete (Czihak 1988: 26). Erst nach massivsten Protesten der Berliner Bevölkerung gaben die Behörden diese Pläne auf.

Für die Berliner Sozialdemokratie wurde der 18. März zum 1. Mai vor dem 1. Mai, an dem alljährlich Zehntausende zum Friedhof der Märzgefallenen pilgerten. 1915 änderte sich das grundlegend und der Besuch des Friedhofs wurde zur Demonstration für ein sofortiges Ende des Krieges. So war etwa auf Kranzschleifen, die auf den Gräbern der März-

gefallenen abgelegt waren, zu lesen: „Der 18. März [1848] ist ein Todestag für Euch. Der 4. August [1914] ein Todestag für uns.“ 1917 hielt eine junge Arbeiterin am 18. März eine Rede auf der kleinen und von der Polizei schon bald auseinandergetriebenen Kundgebung junger Linkssozialisten. Der Radikalpazifismus weiter Teile der Arbeiterschaft, der sich hier Gehör verschaffte, richtete sich nicht zuletzt gegen eine (Mehrheits-)Sozialdemokratie, die den Kriegskurs des Wilhelminischen Kaiserreichs im Sommer 1914 unterstützte.

Bis Ende 1918 war das Gräberfeld im Friedrichshain ein aktiver Revolutionsfriedhof, auf dem auch 29 im November und Dezember getötete Revolutionäre bestattet wurden. Die Trauerfeiern wurden jedes Mal zu politischen Kundgebungen von Zehntausenden. Das war auch der neuen Obrigkeit ein Dorn im Auge. Sie untersagte die Bestattung der vielen hundert Toten, die die blutigen Auseinandersetzungen im Januar und erneut im April 1919 unter aufständischen Arbeitern und in der Zivilbevölkerung forderten, auf dem Gräberfeld im Friedrichshain.

In der Weimarer Republik blieb die Erinnerung an die Märzrevolution gespalten. Die Gedenkveranstaltungen anlässlich des 75. Jahrestages illustrieren dies: Der zum Reichspräsidenten gewählte ehemalige SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert gab sich staatsmännisch – und ignorierte in seiner Festansprache in der Paulskirche im Jubiläumsjahr 1923 den 18. März 1848, den Barrikadenkampf, als die ursprüngliche sozialdemokratische Tradition. Anders die Basis auch der SPD: Insgesamt hunderttausend Berliner sollen an diesem Tag den Friedhof im Friedrichshain aufgesucht haben.

Die Nationalsozialisten konnten mit der auf 1848 zurückgehenden Tradition des Kampfes um Freiheit, Demokratie und soziale Rechte nichts anfangen. Wenn Hitler am 30. März 1938 in Frankfurt a. M. vor 60.000 Zuhörern den „Anschluss“ Österreichs zur Vollendung des „Werkes, für das vor 90 Jahren unsere Vorfahren kämpften und bluteten“ (Domarus 1965: 841) stilisierte, dann zielte er mit diesen Worten auf das „Großdeutschland der Paulskirche“, in der konservative und liberale Abgeordnete der Deutschen Nationalversammlung ein riesiges Deutsches Reich gefordert hatten, in dem polnische, italienische, tschechische und

andere nationale Minderheiten nicht die gleichen Rechte wie die Deutschen haben sollten. Die emanzipatorischen Ziele von 1848/49 dagegen standen den Zielen der Nationalsozialisten diametral entgegen – und wurden bis 1945 erinnerungspolitisch ignoriert.

»Die emanzipatorischen Ziele von 1848/49 dagegen standen den Zielen der Nationalsozialisten diametral entgegen – und wurden bis 1945 erinnerungspolitisch ignoriert.«

Nach dem 18. März 1948, der in Ost- und West-Berlin als gemeinsamer Feiertag begangen wurde, geriet die Erinnerung an die Märzrevolution in den polarisierenden Sog des Kalten Krieges. Traditionsbildung und Gedenkkulturen blieben, nunmehr staatlich sanktioniert, weiterhin gespalten: Das SED-Regime instrumentalisierte die Revolution von 1848, um die eigene Existenz zu legitimieren, und erklärte sich selbst zum Testamentsvollstrecker der Barrikadenkämpfer. In der Bonner Republik wurde die Märzrevolution weitgehend ignoriert und die parlamentarische Traditionslinie lange Zeit einseitig fokussiert.

III. GEDENKEN AN 1848 IN EUROPA

Während in der Bundesrepublik das Gedenken an die Revolution von 1848/49 bis 1989/90 umkämpft blieb und in Ungarn erinnerungspolitisch instrumentalisiert wurde, nahm die Traditionsbildung zu 1848/49 im übrigen Europa einen wieder anderen Verlauf.

In *Frankreich* steht die Erinnerung an 1848 bis heute im Schatten von 1789. Zwar wurden die getöteten Aufständischen der Pariser Februarrevolution neben denen der Julirevolution von 1830 am 4. März 1848 in einer Gruft unter der Julisäule beigesetzt. Der vielen tausend Toten der Junischlacht, des verzweifelten Aufstandes der Pariser Unterschichten vom 23. bis 27. Juni 1848, wird jedoch an keinem öffentlichen Ort gedacht. In *Italien*, einem weiteren der Hauptschauplätze der europäischen Revolution, steht das Gedenken an 1848/49 im Schatten des *Risorgimento* (der nationalen Einigung Italiens zwischen 1861 und 1866/70), trotz des am 18. März 1895 eingeweihten Denkmals für die Fünf Tage von Mailand auf der Piazza delle Cinque Giornate, mit dem der Toten der blutigen Kämpfe gegen das österreichische Militär gedacht wird.

In Berlin wurden die beiden 1848 geplanten Denkmäler – eines im Friedrichshain, ein zweites in Stadtmitte, „Unter den Linden“, vor der heutigen Humboldt-Universität – nicht verwirklicht. In *Wien* wurde 1864 hingegen auf dem Schmelzer Friedhof (heute Märzpark) ein Obelisk zur Erinnerung an die Toten von 1848 aufgestellt und dieser 1888 zusammen mit den Gebeinen der Märztoten auf den Zentralfriedhof überführt. Gleichwohl hat die Erinnerung an die Revolution von 1848 in der Republik Österreich nicht den vergleichswisen hohen Stellenwert wie in der Bundesrepublik oder gar in Ungarn.





Die *Schweiz* wiederum erhielt nach dem Sonderbundskrieg vom November 1847, in dem die liberaldemokratischen über die konservativ-katholischen Kantone siegten, im September 1848 zwar die Verfassung, die in dem Alpenland in den Grundzügen bis heute gilt. Gleichwohl wird die Erinnerung an 1847/48 vom eidgenössischen Gründungsmythos überstrahlt, vom legendären Schwur vom 1. August 1291, der das in seiner tatsächlichen Bedeutung zumeist überschätzte Bündnis der drei Urkantone Uri, Schwyz und Nidwalden besiegelte.


Nach *Kroatiens* Unabhängigkeit wurde 1990 das Reiterdenkmal des habsburgertreuen Banus Jelačić, das während Titos Jugoslawien entfernt worden war, wieder aufgestellt und symbolisch umorientiert. Die Statue, ursprünglich ein Zeichen der Revolutionseindämmung, dient heute als Symbol des kroatischen Nationalismus und ist gegen Serbien gerichtet.


Historisches Gedenken besitzt mithin immer eine aktuell-politische Dimension. Das allerdings sollte uns nicht daran hindern, gerade in Berlin an die Revolution von 1848/49 zu erinnern – und gleichzeitig deren europäische Dimension zu betonen. Die Metropole Preußens wurde seit dem 18. März 1848 nicht nur zur informellen Hauptstadt Deutschlands. Sie gehörte überdies neben Paris und Wien zu den europäischen Revolutionsmetropolen. Die Erinnerung an Berlin 1848 wachzuhalten, heißt deshalb auch: an den zentralen Grundstein der deutschen wie der europäischen Demokratie zu erinnern.


»Die Erinnerung an Berlin 1848 wachzuhalten, heißt deshalb auch: an den zentralen Grundstein der deutschen wie der europäischen Demokratie zu erinnern.«


LITERATUR


-  Clark, Christopher: Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt, München 2023.
-  Czihak, Hans: Kampf um die Ausgestaltung des Friedhofes der Märzgefallenen im Berliner Friedrichshain, in: Berliner Geschichte 9/1988, S. 24–33.
-  Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen, kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. I: Triumph, 2. Halbband: 1935–1938, München 1965.
-  Erdödy, Gábor: Revolutionserbe und nationale Selbstbehauptung in Ungarn, in: Langewiesche Dieter (Hrsg.): Die Revolution von 1848 in der europäischen Geschichte. Ergebnisse und Nachwirkungen, München 2000, S. 155–178.
-  Hachtmann, Rüdiger: Wandel und Kontinuität. Zum Revolutionsbegriff in der europäischen Revolution von 1848/49, in: Rill, Bernd (Hrsg.): 1848. Epochenjahr für Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland, München 1998, S. 91–117, URL: <https://zeitgeschichte-digital.de> [eingesehen am 29.12.2024].
-  Hachtmann, Rüdiger: Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997.
-  Hachtmann, Rüdiger: Die Hauptstädte in der europäischen Revolution von 1848, in: Dowe, Dieter/Haupt, Heinz-Gerhard/Langewiesche, Dieter (Hrsg.): Europa 1848, Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 455–491, URL: <https://zeitgeschichte-digital.de> [eingesehen am 29.12.2024].
-  Hachtmann, Rüdiger: Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Geschichte der Revolution von 1848/49, Tübingen 2002.
-  Hachtmann, Rüdiger: 1848. Revolution in Berlin, Berlin 2022.


 Hachtmann, Rüdiger: Eine „transkontinentale Lawine“ – Rezensionssessay zu neueren Publikationen über die Revolution von 1848/49, erscheint in: Arbeit – Bewegung – Geschichte, Jg. 24 (2025), H. 1, S. 52–75.

 Häusler, Wolfgang: Der kroatisch-ungarische Konflikt von 1848 und die Krise der Habsburgermonarchie, in: Kropf, Rudolf (Hrsg.): Die Revolution von 1848/49 im ungarisch-österreichischen Grenzraum, Eisenstadt 1996, S. 5–19.

 Klemm, Claudia: Erinnert – umstritten – gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Geschichtskultur, Göttingen 2007.

 Reichstag (Hg.): Stenografische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. IX. Legislaturperiode, V. Session, 1897/98, Bd. 2, Berlin 1898.

 Varnhagen von Ense, Karl August, Tagebücher, Bd. 7, hg. aus dem Nachlass von Ludmilla Assing, Leipzig 1862.

 Wollstein, Günther: Das „Großdeutschland“ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Düsseldorf 1977.

Autor:in



Prof. Dr. Rüdiger Hachtmann, geb. 1953, ist Senior Fellow am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Monographien zum Thema: Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997; Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution von 1848/49, Tübingen 2002; 1848. Revolution in Berlin, Berlin 2022.

Das Revolutionsjubiläum von 1848 als politische Projektionsfläche

Manfred Hettling

„Ein Mann hat eine Erfahrung gemacht, jetzt sucht er die Geschichte dazu – man kann nicht leben mit einer Erfahrung, die ohne Geschichte bleibt, scheint es“ (Frisch 1964: 11). Max Frisch hat in seinem Roman *Mein Name sei Gantenbein* das Verhältnis von sich verändernden Identitätskonstruktionen und diesen jeweils anzupassenden Geschichtserzählungen dargestellt. Ob Geschichtsbücher oder Historienfilme, museale Ausstellungen oder Gedenkrede – alle stehen unweigerlich in diesem Spannungsfeld von politischem Selbstverständnis als Erfahrung der Gegenwart und einem gesellschaftlich konstruiertem Geschichtsbild. Das gilt selbstverständlich auch für die Gedenkveranstaltungen, die in den letzten zwei Jahren der gescheiterten Revolution von 1848 gedachten.

Die Historie kennt diese Spannung zwischen getätigter Erfahrung und erzählter Geschichte seit ihrer Genese als *Geschichtswissenschaft* im 19. Jahrhundert. Der Anspruch, „bloß zeigen, wie es eigentlich gewesen“ (Ranke 1885: VII) verweist auf den einen Pol dieser Beziehung; die Erkenntnis, Geschichte sei eine „Projektion aus der Gegenwart in die Vergangenheit“ (Droysen 1977: 67) auf den anderen. Im Banne des ethischen Imperativs, unter den Aleida Assmann und andere die bundesdeutsche sogenannte Erinnerungskultur stellen, hat das Projizieren eigener politischer und moralischer Kriterien in die Geschichten, die *man sich sucht*, erneut weite Verbreitung erfahren und wird das *eigentlich* Gewesene instrumentalisiert, um Vergangenes zu „richten“ und die Gegenwart zu „belehren“ (Ranke 1885: VII).

Der Preis für diese heute so genannte Geschichtspolitik ist hoch, denn es lässt sich nicht aus der Geschichte lernen, wenn sie in gefilterter und gesäuberter Weise präsentiert wird. Historische Erkenntnis kann nur erwachsen, wenn man sich der Unaufgeräumtheit der Geschichte, der un-

endlichen Mannigfaltigkeit vergangener Wirklichkeit zuwendet – wenn Fragen an die Geschichte gestellt, und nicht die eigenen Antworten in die Vergangenheit projiziert werden (Novick 2001: 330). Die politische, öffentliche und publizistische Thematisierung der Revolution von 1848/49 erfolgte jedoch in den Gedenkveranstaltungen 2023/24 ganz unter dem neuen Imperativ der Demokratiegeschichte, mit welchem in das Geschehen von 1848 geleuchtet wurde. Die Vergegenwärtigung von 1848 geriet zu einem Versuch, sich einen historischen Beginn der demokratischen Gegenwartserfahrung in einer neuerdings demokratisch gefärbten Geschichte des 19. Jahrhundert zu suchen.

»es lässt sich nicht aus der Geschichte lernen, wenn sie in gefilterter und gesäuberter Weise präsentiert wird.«

Um 1848 in eine mehr oder weniger stringente Kontinuität zur Gegenwart zu bringen, musste viel, zu viel, ausgeblendet werden. Das führte dazu, dass das im 175-Jahre-Jubiläum präsentierte Bild von 1848 manchmal mehr einer kostümierten, verkleideten Gegenwart als einer zu entschlüsselnden fremden Vergangenheit ähnelte. Zugleich wurden grundlegende Problemfelder der damaligen Zeit ausgeblendet. Dieses Urteil soll im Folgenden an vier, für das damalige Gewesene signifikanten Handlungsbereichen erläutert werden.

WAS IST MIT ÖSTERREICH UND DEN ANDEREN?

1848 existierte Deutschland nicht als staatliches Gebilde. Stattdessen bildeten etwa drei Dutzend eigenständige Herrschaftseinheiten den Deutschen Bund. Preußen und das multiethnische Habsburger Reich gehörten, vereinfacht gesagt, dem Deutschen Bund nur mit ihren „deutschen“ Gebietsteilen an. *Außerhalb* des Bundes blieben von Preußen die Provinzen Posen, West- und Ostpreußen, vom Habsburger Reich hauptsächlich das östliche Galizien, die italienischen Provinzen, das Königreich Ungarn und alle weiter östlich gelegenen Territorien. Insofern stellt es eine bemerkenswerte Blindheit dar, in deutscher Selbstbezogenheit andere Nachfolgestaaten von Territorien, die damals zum Deutschen Bund gehörten, in der Gedenkkultur auszublenden. Ein Großteil Ostmitteleuropas und des Westbalkans, von Polen über die Ukraine, von Bosnien über Slowenien bis Böhmen/Tschechien, gehörten zum Habsburger Reich

und waren vom Versuch der revolutionären Staatsneubildung der Deutschen existentiell betroffen.

Erst recht natürlich das heutige Österreich. Dort spielten sich analoge Geschehnisse ab: eine Märzrevolution (in Wien am 13. März 1848, verbunden mit der Flucht Metternichs), Bauernproteste und die anschließende Bauernbefreiung, Verhandlungen im neu geschaffenen Reichstag über die Zukunft des Habsburger Reiches, die Niederschlagung der Revolution im Herbst 1848. Dass aber die norditalienischen und ungarischen Gebiete nicht vertreten waren und es in Budapest eine separate Versammlung gab, verweist auf die Mobilisierungs- wie auch Sprengkraft der Nationalitätenfrage. Ein wirklich umfassender deutscher Nationalstaat hätte die Zertrümmerung des Habsburger Reiches nach sich gezogen. Die damals so genannte großdeutsche Lösung wiederum hätte die Überführung des multinationalen Gefüges der Wiener Monarchie in das dann nicht mehr wirklich nationalstaatlich zu konstituierende Deutschland bedeutet. Und dabei ist noch nicht einmal die Sprengung des europäischen Machtgefüges durch eine wie auch immer konstruierte großdeutsche Staatlichkeit bis nach Galizien, Siebenbürgen und Norditalien hinein berücksichtigt.

Die Frage von großdeutscher oder kleindeutscher Lösung, von Nationalstaatsbildung, war eben nicht nur für Österreich existentiell, sondern für Europa insgesamt. Man denke nur an die russische Intervention in Ungarn 1849 (das vor dem Vertrag von Trianon 1920 ungefähr die dreifache Fläche von heute umfasste und selbst multiethnisch gewesen war), ohne die das Habsburger Reich bereits 1849 zerbrochen wäre.

»Die bundesdeutschen Gedenkevents offenbaren die selbstbezogene Arroganz einer preußisch-kleindeutsch geprägten Nationalerzählung.«

Die bundesdeutschen Gedenkevents offenbaren die selbstbezogene Arroganz einer preußisch-kleindeutsch geprägten Nationalerzählung, indem sie all das ausgeblendet und nicht einmal nach möglichen Rückbezügen im heutigen Österreich oder Ungarn auf 1848 gefragt haben. Sie sind allerdings auch ein Indiz für die völlige Vernachlässigung machtpolitischer Probleme und der alten Frage des Mächtegleichgewichts im heutigen Deutschland. So einflussreich und präsent Österreich als Kern der Donaumonarchie, Wien als kulturelles Zentrum, Metternich als Architekt der nachnapoleonischen Ordnung von 1815 und

als Leitfigur der politischen Repression im Vormärz waren, so vollständig ist sein Ausschluss aus dem historischen Vorstellungsraum der eigenen deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts.

WO BLEIBT DIE NATION?

In der Geschichte des *nation building* seit dem 18. Jahrhundert war der Kampf um die innere Freiheit (antifeudal, oft antimonarchisch) eng mit dem Kampf um die äußere Freiheit verbunden. Die amerikanische Revolution gegen die britische Herrschaft im 18. Jahrhundert oder die Radikalisierung der französischen Revolutionäre gegen die Intervention der ausländischen Monarchien nach 1789 sind hierfür Beispiele. Deshalb war die Vorstellung von Freiheit 1848 in den deutschen Territorien untrennbar mit der Idee der nationalen Einheit, der Schaffung eines nationalen Staates gekoppelt. Sowohl für die Liberalen, welche die große Mehrheit in der bürgerlichen Bewegung stellten, als auch für die Demokraten, die Minderheit, war das Ziel des Nationalstaats selbstverständlich. *Volkssouveränität* bedeutete die Absage an die alte dynastische Herrschaftslegitimität und das Ideal nationaler Selbständigkeit. Aus diesem Grund hat Ralf Dahrendorf, unverdächtig gegenüber nationalistischen Unterstellungen, auch betont, dass ohne die Nation als Rahmen für eine staatliche Verfasstheit langfristig keine erfolgreiche Demokratisierung habe stattfinden können. Dieser Zusammenhang bestätigt sich auch noch im 21. Jahrhundert.

Dieser zentrale Beweggrund für das politische Handeln der Menschen 1848 scheint bei uns heutzutage geradezu verschämt verdrängt zu werden. Zweifellos war und ist Nationsbildung von der spannungsreichen Ambivalenz zwischen Partizipations- und Souveränitätsversprechen einerseits und einem Potential für Ausgrenzung und Gewalt andererseits geprägt. Das ließe sich gerade auch am „demokratischen Nationalismus“ von 1848 zeigen. Die Nationsbildung im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts war deshalb auch von Nationalitätenkonflikten der konkurrierenden Nationsbildungen gekennzeichnet: zwischen Deutschen und Dänen in Schleswig und Holstein, zwischen Deutschen und Polen in Galizien oder Posen und erst recht innerhalb des Habsburger Reiches. Wenn man sich diese

Problemstellungen und Konflikte von damals nicht bewusst macht, kann man das Handeln der Zeitgenossen von 1848 nicht hinreichend verstehen – und kann kaum aus der Betrachtung dieser Geschichte lernen.

WELCHE DEMOKRATIE?

Unser heutiges Verständnis von Demokratie ist durch die Revitalisierung des Begriffs nach 1945 geprägt. Im antitotalitären Geist wurden damals mit Demokratie die Werte der Gleichheit und der allgemeinen Partizipation aller (männlichen) Bürger, der Freiheit, der konstitutionell verfassten freiheitlichen Ordnung und der Wert der Rechtsstaatlichkeit verbunden. Dabei handelte es sich nach dem Zweiten Weltkrieg um eine Verschmelzung der liberalen Verfassungstradition aus der Mitte des 19. Jahrhunderts mit der egalitären, partizipativen industriellen Massengesellschaft und dem allgemeinen Wahlrecht seit dem späten 19. Jahrhundert. Doch 1848 war noch ganz von der Auseinandersetzung zwischen der alten, dynastisch legitimierten Fürstentum und der bürgerlichen Bewegung für einen liberalen Verfassungsstaat bestimmt. Daraus eine lineare Entwicklungsgeschichte zu machen, die 1848 begonnen habe, wie es die politischen Gedenkrede und die aktuell populären „Demokratiegeschichten“ suggerieren, projiziert hingegen heutige Vorstellungen auf die Konfliktkonstellation von 1848.

»Unser heutiges Verständnis von Demokratie ist durch die Revitalisierung des Begriffs nach 1945 geprägt.«

»Man kann die Grundrechte in der Paulskirchenverfassung zu Recht würdigen, sollte aber nicht vergessen, dass sich die Nationalversammlung 1849 auf einen monarchischen Verfassungsentwurf einigte, der überhaupt keine parlamentarische Exekutive vorsah.«

Man kann die Grundrechte in der Paulskirchenverfassung zu Recht würdigen, sollte aber nicht vergessen, dass sich die Nationalversammlung 1849 auf einen monarchischen Verfassungsentwurf einigte, der überhaupt keine parlamentarische Exekutive vorsah. Das sollte als Korrektiv für das relativ allgemeine Wahlrecht fungieren, das allerdings die Frauen ausschloss, wie es in der Mitte des 19. Jahrhunderts noch in allen Parlamenten der Fall war. Denn in der Vorstellung eines typischen Liberalen wie Friedrich Christoph Dahlmann konnte „mit dem allgemeinen Wahlrecht nie ein Staat bestehen“ (Fenske 1976: 384). Diese Ver-

fassung wurde 1871 realisiert – wer also 1848 demokratiegeschichtlich würdigt, müsste also auch die Bismarck'sche Reichsgründung ebenso würdigen.

WIRKLICH REVOLUTION?

Das Jubiläum wurde vor allem in Berlin als Revolution inszeniert. Das hat für diese Stadt zum Teil auch seine Berechtigung. Aber Berlin war weder Preußen noch das heutige Deutschland. Der Kernbegriff der bürgerlich-liberalen Mehrheit im Deutschen Bund lautete „Vereinbarung“ – mit den fürstlichen Herrschern und ohne Gewalt. Die liberale Mehrheit forderte Reformen, aber keine Revolution. Sie strebte nach einer politischen Veränderung durch gesetzliche Regelungen in der Nationalversammlung, verzichtete aber zugleich darauf, sich als revolutionäre Versammlung aus eigenem Recht zu definieren. So lehnte die Berliner Nationalversammlung nach kontroverser Debatte am 8./9. Juni 1848 die „Anerkennung der Revolution“ (Stenographische Berichte 1848: 171) ab, nahm also von einer revolutionären Selbstermächtigung Abstand. Die Paulskirche konnte somit 1849 den preußischen König nur untertänig bitten, die Kaiserkrone anzunehmen. Bekanntlich ohne Erfolg.

Die zwei Hauptfragen von 1848 lauteten Einheit und Freiheit sowie Nationalstaatsbildung und Verfassung. Beide waren damals nur durch Gewalt zu lösen. Die Frage der territorialen Struktur, kleindeutsch oder großdeutsch, wurde im Krieg 1866 entschieden: Das Habsburger Reich, und damit dessen deutscher Teil Österreich, wurden ausgeschlossen. Die Frage der inneren Freiheit, der liberalen Konstitutionalisierung Preußens und Österreichs, wäre 1848 auch nur durch Gewalt, durch eine Revolutionierung, möglich gewesen. Doch in beiden Fällen lehnte die große Mehrheit der bürgerlich-liberalen Bewegung Gewalt ab. Man setzte, „tatenarm und gedankenvoll“ (Hölderlin, An die Deutschen), auf die „Gewalt der Überzeugung“ und hoffte auf eine „gesetzliche Revolution“ (Seidl 2014: 241).










Auf dieses Dilemma, nämlich einerseits die alten Mächte substantiell zu entmachten, gleichzeitig aber Veränderungen nur mit deren Einwilligung herbeiführen zu wollen, hatten die sogenannten Revolutionäre von 1848 keine Antwort. Das ist nicht nur eine historische Erkenntnis ex post –

diese selbst geschaffene Handlungsbegrenzung war politisch scharfsichtigen Zeitgenossen durchaus bewusst. So erklärte Alexis de Tocqueville, der wichtigste Revolutionsanalytiker des 19. Jahrhunderts und nach 1848 Außenminister der Französischen Republik, das Scheitern der in seinen Augen „gemäßigten und mit Recht unschädlich zu nennenden Revolutionäre“ damit, dass sie „sich eingebildet hatten, die Völker und Fürsten Deutschlands auf friedlichem Wege durch Überredung und gesetzliche Regelung zur Unterwerfung unter eine Gesamtregierung bestimmen zu können“ (Tocqueville 1954: 328f.). Schärfer noch klang es bei Bismarck, der 1862 erklärte, „nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen –, sondern durch Eisen und Blut“ (Gall 1981: 63).

Wenn Geschichte die Möglichkeit bietet, aus *nicht* erlebter Erfahrung zu lernen, dann gehört auch dazu, das vergangene Geschehen in seiner *Gesamtheit* zu betrachten und nicht nur jene Bestandteile, die sich mit gegenwärtigen Gegebenheiten und Wertvorstellungen in Übereinstimmung bringen lassen. Nur dann kann man das – damals – Gewünschte vom Möglichen trennen, kann nach Bedingungen für das Realisierbare fragen, kann nicht-intendierete Folgen von intendierten Handlungen unterscheiden. Geschichtliche Bildung erschöpft sich eben nicht darin, Analogien zu präsentieren und zur simplen Nachahmung mobilisieren zu wollen. Nur wer sich der Unaufgeräumtheit der Geschichte öffnet, dem Schmutzigen, Chaotischen, Verstörenden, kann aus den mal erfolgreichen, mal gescheiterten Versuchen der damals Handelnden Erkenntnis gewinnen. Allein die eigenen Antworten auf die Vergangenheit zu projizieren – das ist reine Geschichtspolitik.

»Nur wer sich der Unaufgeräumtheit der Geschichte öffnet, dem Schmutzigen, Chaotischen, Verstörenden, kann aus den mal erfolgreichen, mal gescheiterten Versuchen der damals Handelnden Erkenntnis gewinnen.«

LITERATUR

-  Droysen, Johann Gustav: Historik, herausgegeben von Peter Leyh, Stuttgart 1977.
-  Fenske, Hans (Hrsg.): Vormärz und Revolution 1840–1849, Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, Band 4, Darmstadt 1976
-  Frisch, Max: Mein Name sei Gantenbein, Frankfurt/Main 1964.
-  Gall, Lothar (Hrsg.): Bismarck. Die großen Reden, Berlin 1981.
-  Novick, Peter: Nach dem Holocaust. Der Umgang mit dem Massenmord, Stuttgart 2001.
-  Ranke, Leopold von: Geschichten der romanischen und germanischen Völker von 1494 bis 1514, Leipzig 1885.
-  Seidl, Klaus: „Gesetzliche Revolution“ im Schatten der Gewalt. Die politische Kultur der Reichsverfassungskampagne in Bayern 1849, Stuttgart 2014.
-  Stenographische Berichte über die Verhandlungen der zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung berufenen Versammlung, Bd. 1, Berlin 1848.
-  Tocqueville, Alexis de: Erinnerungen, Stuttgart 1954.

Autor:in



Prof. Dr. Manfred Hettling ist Professor für Neuere Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 2022/23 Gastprofessor in Tokyo. Er arbeitet zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert und zu nationalen Gedenkkulturen im internationalen Vergleich.

1848 und die Erinnerung an den Aufstand der Frauen

Kerstin Wolff

„[...] aber als Schmach empfand ich es doch, daß Frauen nach wie vor von politischen Versammlungen ausgeschlossen waren [...]“, schrieb Louise Otto 1848 über die Damen-galerie in der Paulskirche (Ludwig 2014: 175). Die Enttäuschung darüber, dass sie als Frau auch in der nationalen Erhebung der 1848er Jahre von politischen Versammlungen ausgeschlossen blieb, saß tief. Sie konnte weder einen Abgeordneten für die Paulskirche wählen, noch konnte sie selbst als Abgeordnete einziehen. Ihr Geschlecht bestimmte ihren politischen Ausschluss. Kein Wunder, dass bis heute die Geschichte der Demokratie – die zu Recht mit der 1848er Revolution verknüpft wird – häufig auf mutige Männer und ihre Taten verkürzt wird. So sind es vorzugsweise Revolutionäre, Parlamentarier und angehende Politiker, an die erinnert wird, wenn es um die Demokratiegeschichte des 19. Jahrhunderts geht.

»bereits vor 25 Jahren, als das 150. Jubiläum der 1848er Revolution anstand, entstanden Publikationen, die belegen, dass die Revolution von 1848 auch von einigen Frauen dazu genutzt wurde, um Geschlechtervorstellungen und vor allem Geschlechterordnungen in Frage zu stellen.«

Dass diese Geschichtsdeutung so lange schon fast ungebrochen erzählt wird, kann und muss erstaunen. Denn bereits vor 25 Jahren, als das 150. Jubiläum der 1848er Revolution anstand, entstanden Publikationen, die belegen, dass die Revolution von 1848 auch von einigen Frauen dazu genutzt wurde, um Geschlechtervorstellungen und vor allem Geschlechterordnungen in Frage zu stellen (Paletschek 1991; Bublies-Godau 1999). Warum also, so ist zu fragen, ist es auch zum 175. Jubiläum der 1848er Revolution immer noch nicht selbstverständlich, auch an weibliche Revolutionäre genauso zu erinnern wie an männliche?

Das liegt – und das soll in diesem Artikel verdeutlicht werden – auch an der Art und Weise, wie an diese Revolutionärinnen erinnert wird. Sie werden nämlich selten als strah-

lende Heldinnen, hoch zu Ross oder mit schwingendem Säbel erinnert, was das stereotype Bild eines Revolutionärs ist. Revolutionärinnen erscheinen gebrochener, ihre zeitgenössischen Handlungsoptionen sind eingeschränkt und ihre Unterstützung der Revolution wird – auch und gerade von Zeitgenoss:innen – nicht als solche erkannt. Oder aber sie werden kriminalisiert, um damit ihr revolutionäres Handeln und die Reformbewegung an sich zu diskreditieren. Diesen Mechanismen möchte ich im Folgenden an einigen Beispielen nachgehen.

DIE SCHIRMSCHWINGENDE MEGÄRE

Dass Frauen, die die Revolution unterstützten, teilweise strenger verurteilt wurden als Männer, vermuteten bereits die Zeitgenoss:innen (Gerhard 1983: 203). Zu offensichtlich stellten sie die Vorstellungen der unpolitischen und friedlichen Frau in Frage. Besonders deutlich kann man das am Beispiel von Henriette Zobel zeigen, die als „schirmschwingende ‚Megäre‘, ‚Furie‘ und mutmaßliche Fürstenmörderin in die Frankfurter Geschichte“ einging (Eichstaedt 2023). Sie hätte mit ihrem Regenschirm – der inzwischen als historisches Objekt im Historischen Museum in Frankfurt am Main ausgestellt ist – auf die beiden Abgeordneten Hans Adolf Auerwald und Fürst Felix von Lichnowsky eingeprügelt und so deren Tod mit verursacht. Die Tat trug sich am 18. September 1848 zu; bereits am 24. September wurde Zobel verhaftet, aber erst 1853 wegen Teilnahme an einem Komplott zu 16 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die sieben Jahre bis zu diesem erstaunlich schweren Urteil verbrachte sie in Untersuchungshaft. Es ist im Nachhinein nicht zu rekonstruieren, ob und wie Henriette Zobel in die Ermordung der beiden Abgeordneten verwickelt war und ob der Regenschirm sowie die von ihr angeblich noch geworfenen Steine für den Tod der beiden Männer verantwortlich waren. Entscheidender an dieser Geschichte ist die Deutung der Tat, wie sie vor Gericht vorgetragen wurde. Denn hier spielte es eine große Rolle, dass Henriette Zobel in der Paulskirche den politischen Verhandlungen gefolgt war. Die Ausführungen des Gerichtsgutachters Köstlin, der versuchte die Abläufe zu rekonstruieren, zeigen deutlich, dass er den Besuch in der Paulskirche als Grenzüberschreitung deutete und darauf hinweisen wollte, was nach seiner Meinung passiert, wenn Frauen sich mit Politik beschäftigen (Köstlin 1853). Dadurch wurde Zo-

bel nicht zu einer an Politik interessierten Bürgerin, sondern zu einer radikalisierten Mörderin mit einem Regenschirm.

DIE TREUSORGENDE EHEFRAU

Es waren aber nicht nur reaktionäre Zeitgenoss:innen, die politisches Handeln von Frauen durch ihre Deutungen unsichtbar machten. Auch die Revolutionärinnen selbst arbeiteten an ihrer eigenen Unsichtbarmachung mit. Besonders deutlich wird dies durch den Bericht von Emma Herwegh, den diese bald nach der Niederschlagung der Revolution verfasste (Herwegh 1894). Herwegh ging es in ihrer Schrift vorzugsweise darum, die Entscheidungen ihres Mannes – Georg Herwegh, der Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Legion war und mit einer kleinen bewaffneten Gruppe im April 1848 den Heckerzug unterstützen wollte – zu erklären und den von konterrevolutionärer Seite ‚verfälschenden‘ Darstellungen entgegenzutreten. In ihren Erinnerungen agierte sie dabei ‚typisch‘ weiblich, indem sie die Handlungen ihres Mannes erklärte und sich selbst zurücknahm. Die zugeschriebene weibliche Charaktereigenschaft der ‚Unterstützung des geliebten Mannes‘ wurde auch in ihren Nachrufen präsentiert. So etwa im *Neue[n] Wiener Journal*, in dem anlässlich

ihrer Todes 1904 eine Passage aus den Erinnerungen des Otto von Corvin, der zusammen mit den Herweghs das Gefecht bei Dossenbach erlebt hatte, zitiert wurde: „Für sich fürchtete, für sich sorgte sie nie, nur für ihren Mann, den sie mit außerordentlicher Zärtlichkeit liebte und auf dessen Talent und Ruf sie mit Recht stolz war“ (Herwegh 1904: 3).

Die Liebe zu einem Revolutionär war das zeitgenössische Argument, sich das politische Handeln von Frauen zu erklären. Es ist spannend zu sehen, dass dies sogar von der unerschrockenen Revolutionärin Emma Herwegh in ihren Erinnerungen selbst so vorgebracht wurde. Mit dieser Diskursfigur, so die Forscherin Marion Freund, „unterschätzte oder verkannte sie [...] die Bedeutung einer spezifisch weiblichen Interessensvertretung“ und „vertrat damit im Grunde eine Position, mit der sie zwar ihrem partnerschaftlichen Ideal von den Geschlechterbeziehungen verhaftet blieb [...] aber eine Verrechtlichung der weiblichen Gleichstellung offenbar nicht, jedenfalls nicht zu diesem

»Die Liebe zu einem Revolutionär war das zeitgenössische Argument, sich das politische Handeln von Frauen zu erklären.«

Zeitpunkt, in Erwägung zog“ (Freund 2004: 334f.). Und langfristig arbeitete sie so mit an der Unsichtbarkeit weiblichen revolutionären Handelns und entzog es der aktiven Erinnerung, denn persönliche Zugewandtheit oder sogar Liebe gelten als ‚private‘ Entscheidungen, die selten historiographisch untersucht werden.

DIE UNPOLITISCHE SALONNIÈRE

Einer erfolgreichen Erinnerung steht auch im Weg, dass spätere Generationen das Handeln von Frauen in der Revolution nicht als solches erkannten. Das kann besonders gut an den Briefen der politischen Salonnière Clotilde Koch-Gontard gezeigt werden. Die in den Revolutionsjahren 1848 und 1849 geschriebenen Briefe wurden 1969 von Wolfgang Klötzer herausgegeben (Koch-Gontard 1969). Die Unternehmergattin beschrieb hier ihr leidenschaftliches Engagement für die Verhandlungen in der Paulskirche. Sie hatte den „Deidesheimer Kreis“ kennengelernt, in dem führende Vertreter des rheinisch-südwestdeutschen Liberalismus und der deutschen Einheitsbewegung zusammengeschlossen waren. Mit diesen und mit deren Familienangehörigen (v. a. den Ehefrauen) stand Koch-Gontard in einem lebhaften brieflichen Austausch. Neben sehr dezidierten politischen Stellungnahmen, die sie als Besucherin der Paulskirche abgab, schilderte sie aber auch ihren Haushalt, den Gesundheitszustand von Familienangehörigen und andere scheinbar ‚private‘ Angelegenheiten. Dass diese Passagen nicht als das erkannt wurden, was sie sind, nämlich der gesellschaftliche ‚Klebstoff‘, der die Beziehungen zusammenhielt, zeigt die Tatsache, dass der Herausgeber diese Passagen nicht wortgetreu in seine Briefsammlung aufgenommen hat, sondern sie lediglich zusammenfasste: „Familienverhältnisse Gagerns; Ausflug nach Eppstein; Besuch in Hornau; dankt für Pfirsiche und Trauben“ (Koch-Gontard 1969: 69). Diese Auslassungen verkennen die lebenspraktischen Bezüge, die zwingend für jede Art von (politischer) Handlung notwendig sind, so z. B. die Frage nach Unterbringung und Verpflegung. Im Hause Koch-Gontard wohnte fast der gesamte Deidesheimer Kreis und wurde hier auch verpflegt. Damit wurde für diese Männer praktische Politik in Frankfurt unkompliziert möglich – ein Umstand, auf den viel zu selten hingewiesen wird. Die editorische Entscheidung, das scheinbar Uninteressante,

das normale Leben Schildernde, lediglich zusammenzufassen, kann heute nur verwundern, ist aber typisch für eine Zeit, in der davon ausgegangen wurde, dass lediglich das ‚öffentliche‘, das ‚politische‘, von historischem Interesse ist. Dabei wurde übersehen, dass diese Trennung nicht der damaligen Gesellschaftsstruktur entsprach und dass damit das Handeln von Frauen in den ihnen zugeschriebenen Bereichen unsichtbar gemacht wurde (Hausen/Wunder 1992; Lipp 1992).










DIE MUTIGE SCHRIFTSTELLERIN UND GRÜNDERIN DER FRAUENBEWEGUNG





Dass es auch anders gehen kann, zeigt die nach wie vor aktive Erinnerung an die 1848er Revolutionärin Louise Otto (-Peters). Sie ist als Schriftstellerin, Zeitungsherausgeberin und unermüdliche Streiterin für die Ideale der bürgerlichen Revolution bekannt und hat ihre Berühmtheit vor allem der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung zu verdanken (Wolff 2019). Dadurch, dass sie 1864 den Allgemeinen Deutschen Frauenverein in Leipzig gründete und dieser sich als Mutterverein einer Vielzahl von Frauen(bildungs)vereinen erwies, schuf sie eine Institution, die künftig alles daran setzte, ihre Gründerin und deren Engagement in der 1848er Revolution nicht zu vergessen. Ein aktives institutionelles Gedächtnis erweist sich damit als eine Möglichkeit, dem Vergessen entgegenzuarbeiten.

»Ein aktives institutionelles Gedächtnis erweist sich damit als eine Möglichkeit, dem Vergessen entgegenzuarbeiten.«

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass sowohl zeitgenössische als auch nachträgliche Diskursstrategien dafür zuständig sind, ob Erinnerungen erfolgreich sind oder nicht. Dass das Geschlecht der zu erinnernden Person dabei durchaus eine Rolle spielt, konnten – so hoffe ich – die oben aufgezeigten Beispiele zeigen.

LITERATUR

-  Bublies-Godau, Birgit: „Von der Revolution zu den Revolutionen“ – Zur 150. Wiederkehr der Revolution von 1848/49 in Deutschland und Europa. Eine Zwischenbilanz zum Forschungsstand und zu den aktuellen Forschungstendenzen im Spiegel der neu erschienenen Literatur, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, Jg. 11 (1999), S. 219–256.
-  Eichstaedt, Andreas: Henriette Zobel, geb. Pfaff (1813–um 1865), in: Frankfurter Frauenzimmer, 2023, URL: <http://www.frankfurterfrauenzimmer.de> [eingesehen am 16.12.2024].
-  Freund, Marion: „Mag der Thron in Flammen glühn!“ Schriftstellerinnen und die Revolution von 1848/49, Königstein/Taunus 2004.
-  Gerhard, Ute: Über die Anfänge der deutschen Frauenbewegung um 1848: Frauenpresse, Frauenpolitik und Frauenvereine, in: Hausen, Karin (Hrsg.): Frauen suchen ihre Geschichte: historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, München 1983, S. 196–220.
-  Hausen, Karin/Wunder, Heide (Hrsg.): Frauengeschichte. Geschlechtergeschichte, Frankfurt a. M./New York 1992.
-  Herwegh, Emma: Geschichte der deutschen demokratischen Legion aus Paris. Von einer Hochverräterin, Grünberg 1849.
-  Herwegh, Emma, in: Neues Wiener Journal, 31.03.1904, S. 3.
-  Koch-Gontard, Clotilde: Clotilde Koch-Gontard an ihre Freunde. Briefe und Erinnerungen aus der Zeit der deutschen Einheitsbewegung 1843–1869, bearbeitet von Wolfgang Klötzer, Frankfurt a. M. 1969.
-  Köstlin, Reinhold C.: Auerswald und Lichnowsky. Ein Zeitbild, nach den Akten des Appellations-Gerichtes zu Frankfurt am Main. Mit Genehmigung dieses h. Gerichtshofes, Tübingen 1853.

-  Lipp, Carola: Das Private im Öffentlichen. Geschlechterbeziehungen im symbolischen Diskurs der Revolution 1848/49, in: Hausen, Karin/Wunder, Heide (Hrsg.): Frauengeschichte. Geschlechtergeschichte, Frankfurt a. M./New York 1992, S. 99–116.
-  Ludwig, Johanna: Eigener Wille und eigene Kraft. Der Lebensweg von Louise Otto-Peters, Leipzig 2014.
-  Paletschek, Sylvia: Frauen im Umbruch. Untersuchungen zu Frauen im Umfeld der deutschen Revolution 1848/49, in: Fiesler, Beate/Schulz, Birgit (Hrsg.): Frauengeschichte gesucht – gefunden? Auskünfte zum Stand der historischen Frauenforschung, Köln 1991, S. 47-64.
-  Wolff, Kerstin: Erinnerungswege. Über die Erinnerung an Louise Otto-Peters in der Frauenbewegung, in: ApuZ, Jg. 69 (2019), H. 8, S. 18–24.

Autor:in



Dr. Kerstin Wolff, Historikerin, ist Leiterin der Forschungsabteilung im Archiv der deutschen Frauenbewegung Forschungsinstitut und Dokumentationszentrum in Kassel. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland zwischen 1800 und 1970, Personen, Themen und Strategien.

Zivilgesellschaftliches Erinnern an 1848/49 – die Aktion 18. März

Christoph Hamann

Seit ihrer Gründung 1978/79 setzt sich die Initiative *Aktion 18. März* für die Erinnerung an 1848/49 und den Beginn der Demokratie in Deutschland ein. Seit ihren Anfängen erhält sie prominente Unterstützung seitens aller demokratischen Parteien, der Gesellschaft und der Wissenschaft. Die *Aktion 18. März* finanziert sich allein aus Spenden, versteht sich als offene Initiative und – ungeachtet der politischen Präferenzen Einzelner – als ein parteiübergreifendes Projekt von Demokrat*innen. In ihre geschichtskulturelle Praxis bindet sie sowohl Vertreter*innen aus Politik und Wissenschaft ein, als auch junge Menschen (im Sinne der historisch-politischen Bildung) und Demokrat*innen aus dem europäischen Ausland (im Sinne des europäischen Gedankens). Und sie sieht sich als Partnerin von Institutionen, die sich ebenfalls dem Erinnern an 1848/49 verpflichtet sehen, wie etwa die *Erinnerungsstätte der Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte* in Rastatt oder dem *Paul Singer Verein* vom Friedhof der Märzgefallenen in Berlin.

DER 18. MÄRZ ALS FEIER- ODER GEDENKTAG

Initiiert von Volker Schröder und anderen erfolgte die Gründung der *Aktion 18. März – Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten* im Herbst 1978 bzw. am 2. Januar 1979 unter der Schirmherrschaft der Schriftstellerin Ingeborg Drewitz und des Theologen Heinrich Albertz. Sie stand Ende der 1970er Jahre unter dem Eindruck der Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR bzw. der Gefahr einer atomaren Eskalation und verstand sich als Teil einer blockübergreifenden Friedensbewegung. Ihre Vision war ein von den beiden Supermächten unabhängiges, vereintes und demokratisches Deutschland zwischen den Blöcken. Ein

»Ihre Vision war ein von den beiden Supermächten unabhängiges, vereintes und demokratisches Deutschland zwischen den Blöcken.«

erster Schritt auf diesem Weg sollte der 18. März als gemeinsamer Feiertag der Bundesrepublik und der DDR sein. Dafür sollte die Bundesrepublik den 17. Juni als Feiertag fallen lassen. Mit dem 18. März stellte sich die *Aktion* in die Tradition der Revolution von 1848/49 und deren Forderungen nach Einheit und Freiheit. Schon zum Zentenarium 1948 wurde der 18. März in ganz Berlin und in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone als Feiertag begangen.

Doch die Initiative verpuffte: Auf Seiten der westdeutschen politischen Linken war die nationale Frage politisch verächtlich und obsolet geworden. Der CDU war der „street fighting day“ von 1848 mehrheitlich nicht gedenkwürdig, die SPD wollte die Entspannungspolitik nicht gefährden. Für die SED hingegen stellte sich die nationale Frage

nicht mehr, so Kurt Hager zur Initiative der *Aktion 18 März*: „Phantasieren an bundesdeutschen Kaminen“ (Hager 1979). Mit ihrer Verfassung von 1968 sah sich die DDR als „sozialistischer Staat deutscher Nation“ und hatte sich von dem Gedanken nationaler Einheit verabschiedet.

Der Vorstoß der *Aktion* wurde erst mit der Deutschen Einheit wieder virulent. Nun konnte der Tag 18. März mit dem Verweis auf die erste freie Volkskammerwahl am 18. März 1990 eine doppelte basisdemokratische Legitimität für sich beanspruchen. Das Datum wurde nach 1848 als wichtiger Meilenstein hin zur Demokratie verstanden. Es wird oft vergessen, dass die DDR schon 1990 noch vor der deutschen Einheit zu

einer Demokratie wurde. Am 3. Oktober 1990 trat der Einigungsvertrag in Kraft, das konkrete Datum des Nationalfeiertags nahm sich also einen juristischen Akt zum Anlass, nicht aber ein historisches und politisches Ereignis wie es das im Fall des 18. März gewesen wäre. Der 3. Oktober als inhaltsleerer Feiertag war nun unumstößlich, deshalb forderte die *Aktion*, den 18. März wenigstens zum nicht arbeitsfreien Gedenktag zu machen. Eine auch von politischer Prominenz getragene

»Eine auch von politischer Prominenz getragene Rückbesinnung auf die Demokratiegeschichte erfolgte zudem angesichts des Erstarkens vor allem des Rechtspopulismus seit den 2010er Jahren.«



Plakat der *Aktion 18. März* aus dem Jahr 1978, Grafiker: Thomas Mallau (Holzschnitt)

Rückbesinnung auf die Demokratiegeschichte erfolgte zudem angesichts des Erstarkens vor allem des Rechtspopulismus seit den 2010er Jahren. Von Seiten der CDU wurde wiederholt ein „Tag der Demokratie“ ins Spiel gebracht. Besondere Unterstützung erhielt die Forderung der *Aktion 18. März* nach einem Gedenktag vom Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. Vielfach hat er in Reden und Artikeln gefordert, der Demokratiegeschichte mehr Beachtung zu schenken. Aus Anlass des 175. Jahrestages der Revolution urteilte er bei einem Republikanischen Bankett im Schloss Bellevue: „Und ich wünsche mir, dass der 18. März auch darüber hinaus einen besonderen Platz in unserem kollektiven Gedächtnis bekommt. [...] Der 18. März steht für Freiheit, Gleichheit und Mitmenschlichkeit, er steht für das Herzstück der deutschen Demokratie. Er steht für demokratische Zuversicht – und vielleicht und hoffentlich auch für den Aufbruch in Zeiten des Umbruchs. Für mich ist der 18. März der Tag des Bürgermuts.“ (Steinmeier 2023)

Die politische und gesellschaftliche Zustimmung war breit. Doch was folgte? Nichts. Das 175. Jubiläum endete im Juli 2024; eine Historikerkommission, die sich für einen „Tag der Demokratie“, für welchen auch immer, entscheiden sollte, ist bis heute nicht einberufen worden.

PRAXIS ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN ERINNERNS

Das Ziel, die Erinnerung an die Revolution von 1848/49 zu verstetigen, fokussierte nicht allein auf die Etablierung eines Gedenktages. Aus Anlass des 150. Jubiläums der Revolution im Jahr 1998 sah sich die *Aktion 18. März* in der besonderen Pflicht, 1848/49 als revolutionäre Wurzel der heutigen Demokratie in Deutschland zu würdigen. Der Senat von Berlin hatte – wie schon 1973 beim 125. Jubiläum – selbst keine Initiativen des Erinnerns und Gedenkens ergriffen. „Berlin verschläft seine Revolution“ titelte deshalb die Frankfurter Rundschau am 18. März 1998. Die *Aktion 18. März* regte dagegen ein breites zivilgesellschaftliches Engagement an, bündelte und koordinierte dieses im „Arbeitskreis 1848“ und füllte damit mit anderen basisdemokratisch die Lücke, die das offizielle Berlin gelassen hatte. Fünf dieser Initiativen sollen im Folgenden vorgestellt werden.



Volker Schröder (*Aktion 18. März*) am 18. März (ca.) 2008 bei der Gedenkfeier der *Aktion 18. März* auf dem Platz des 18. März; ganz links Petra Pau (Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages), ganz rechts Christian Hanke (Bürgermeister des Bezirks Mitte von Berlin). Foto: *Aktion 18. März*.

„PLATZ DES 18. MÄRZ“

Die *Aktion 18. März* forderte die Umbenennung des „Platzes vor dem Brandenburger Tor“ in „Platz des 18. März 1848“ und war damit auch teilweise erfolgreich (siehe dazu den Artikel von Jürgen Karwelat). Im gedenkpolitischen Areal der historischen Erinnerung rund um das Brandenburger Tor hat damit die Demokratiegeschichte neben der Diktaturgeschichte (Straße des 17. Juni; Denkmale: Holocaust, verfolgte Homosexuelle, Sinti und Roma) einen symbolischen Platz gefunden.

GEDENKTAFELN

Eine Verstetigung des Erinnerns wurde auch mit der Installation von zwölf Gedenktafeln an historischen Barrikadenstandorten in Berlin-Mitte erreicht. Sie wurden von dem oppositionellen DDR-Grafiker Manfred Butzmann gestaltet und wurden maßgeblich durch den Vorsitzenden der Gedenktafelkommission des Bezirks-Mitte von Berlin, Volker Hobrack (SPD), ermöglicht. Die Information über das historische Geschehen am Ort ist jeweils von zwei Zitaten gerahmt: „Für demokratische Tradition und revolutionären Geist“ sowie Ferdinand Freiligraths Zitat von 1843 „Es kommt dazu trotz alledem, daß rings der Mensch die Bruderhand dem Menschen reicht, trotz alledem!“ (nach Robert Burns, 1795). Diesen Gedenktafeln kommt auch eine besondere Bedeutung zu, weil Zeichen an 1848 in Berlin aus der Zeit der DDR nach 1990 meist entfernt worden waren. Erinnerungskulturell hatte das Land Berlin damit das 1848er-Kind mit dem sozialistischen BADE ausgeschüttet und sich damit der demokratischen Tradition entledigt, ohne bis dahin selbst neue Zeichen zu schaffen.

GEDENKFEIERN

Zur Praxis der *Aktion* gehört seit 1987 auch die jährliche Gedenkfeier am 18. März auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Volkspark Friedrichshain. Vor dem Fall der Mauer 1989 ließ das Ministerium für Staatssicherheit diese klandestin überwachen, einzelnen Mitgliedern der *Aktion* wurde gar die Einreise verweigert. Die jährlichen Feiern in den folgenden Jahrzehnten folgten stets einer ähnlichen Dra-

maturgie: Kränze wurden niedergelegt, Redner*innen aus allen Parteien des demokratischen Spektrums hielten Ansprachen und Schüler*innen, vor allem des Robert-Blum-Gymnasiums, gedachten der Märzgefallenen und stellten Gegenwartsbezüge her. Gerahmt wurde dies durch das gemeinsame Singen zeitgenössischer Bürgerlieder. Ab 2008 wurde die Gedenkfeier in Kooperation mit dem *Paul Singer Verein* durchgeführt (siehe den Beitrag von Susanne Kitschun und Paul Schmitz). Als „Hausherr“ des Geländes hat dieser ab 2023 die alleinige Verantwortung für das jährliche Gedenken vor Ort. Seit 1998 führt die *Aktion* auch auf dem „Platz des 18. März“ am Brandenburger Tor eine Gedenkfeier durch.

Im Jubiläumsjahr 1998 war die Gedenkdramaturgie um einen Marsch erweitert worden, der vom Ort der historischen Volksversammlungen In den Zelten (heute ungefähr Kanzleramt) über das Brandenburger Tor bis zum Friedhof der Märzgefallenen führte. Wie 1848 waren auch 1998 Geistliche der protestantischen und katholischen Kirche sowie der jüdischen Gemeinde beteiligt.



Titelseite der Zeitung „Aufruf“ vom 18. März 2012.

ZEITUNG

Seit 1998 erscheint zudem einmal im Jahr die März-Zeitung „Aufruf“ der *Aktion 18. März*. Sie präsentiert Berichte zum Stand der politischen Diskussion um den 18. März und den Friedhof der Märzgefallenen, Artikel zur Geschichte der Revolution, Interviews und Liedtexte.

FLAGGE

Im Bundesland Berlin werden zu Ehren der Revolution von 1848 am 18. März öffentliche Gebäude beflaggt.

DEUTUNGSKONKURRENZEN. „KÜHNE HELDEN“ VS. „LEIDENDE OPFER“

Der Zeithistoriker Martin Sabrow begründet die Traditionsschwäche von 1848/49 in Deutschland unter anderem mit der Dominanz der „viktivistischen Erinnerungskultur“, in deren Zentrum nach dem Verblässen des Fortschrittsnar-

rativs nicht mehr der „kühne Held“, sondern das „leidende Opfer“ stehe. Eine These, die nicht so recht überzeugen mag; in einem Sammelband (2024) über den Friedhof der Märzgefallenen allzumal, in dem rund 250 Opfer des 18. März 1848 beerdigt worden waren. Ausgeblendet werden auch die ungezählten Toten der Aufstände von 1849 in Sachsen, in der Pfalz, in Baden oder in Iserlohn (Westfalen) mit über 100 Toten nach einem Massaker. Auch die rund 2000 getöteten Wiener Aufständischen und Zivilisten vom Oktober 1848 sind zu den Opfern zu zählen. Zu erinnern ist ebenso an die politische Verfolgung und Haft. Um ein Beispiel zu geben: Das 21jährige Dienstmädchen Pauline Wunderlich war 1849 in Dresden wegen Hochverrats erstinstanzlich zu lebenslanger Haft verurteilt worden.

Zudem schwächelt die These der Traditionsschwäche von 1848/49 mittlerweile selbst, denn die deutsche Erinnerungslandschaft formiert sich neu. Ein Indikator dafür ist die Etablierung der *Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte* seit 2023, deren konzeptioneller Ansatz den Geltungsanspruch wie die Reichweite der These von der „viktivistischen Erinnerungskultur“ begrenzt und zahlreiche Projekte zur Erinnerung an 1848/49 fördert.

PAULSKIRCHE VS. BARRIKADE

Die politische und wissenschaftliche Rezeption der Revolutionen von 1848/49 wurde nach 1945/49 vom Kalten Krieg und der Systemkonkurrenz dominiert. Der Westen blendete den Barrikadenkampf aus, der Osten die Paulskirche. Die Semantik der Historiografie ist hier in zweifacher Hinsicht genau: Sie spricht von der *Märzrevolution* und der *Märzrevolution*. Das benennt zutreffend erstens die Chronologie wie zweitens die Ursache und damit implizit die Folge. Ohne den Barrikadenkampf auf der Straße im März 1848 wäre es nicht zur Debatte in der Paulskirche ab dem 18. Mai 1848 gekommen. Das Erinnern an das eine ohne an das andere zu denken würde die historischen Wurzeln der Frankfurter Nationalversammlung kappen. Die Paulskirche wäre ein Findelkind ohne Eltern. Ein gleichberechtigter parlamentarischer











»Die politische und wissenschaftliche Rezeption der Revolutionen von 1848/49 wurde nach 1945/49 vom Kalten Krieg und der Systemkonkurrenz dominiert. Der Westen blendete den Barrikadenkampf aus, der Osten die Paulskirche.«





Austausch von Argumenten unter rechtlich Gleichen wurde bis 1848 mit dem Verweis auf die von Gott gegebene Ständeordnung von den rechtlich Bevorzugten und politisch Mächtigeren kategorisch verweigert. Gleichmaßen hätte die Politik der Straße ohne die Nationalversammlung auf Dauer keine demokratische Legitimität besessen. Nur „wenn man diese beiden Erinnerungsorte [Paulskirche und Friedhof der Märzgefallenen] zusammensieht, versteht man 1848/49 richtig“ (Kocka 1998: 78). Beides gegeneinander auszuspielen, wird der Revolution von 1848/49 nicht gerecht und schlägt gestrige Schlachten deutsch-deutscher Systemkonkurrenz.

DIKTATUR- UND DEMOKRATIEGESCHICHTE

Die *Aktion 18. März* versteht ihre Forderung nach einer Würdigung der Demokratiegeschichte nicht als erinnerungskulturelle Konkurrenz zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland. Sie sieht sie auch nicht als lineare Erfolgsgeschichte oder als glatte Held*innenerzählung fernab historischer Komplexität, sondern bevorzugt einen „post-heroischen“ Blick (Daniel 2020), der parteipolitische Vereinnahmungen meidet. Der Fokus der Erinnerung auf die „historischen Wunden“ (Chakrabarty 2007), auf das „negative Gedächtnis“ (Koselleck 2002) bedarf jedoch der komplementären Ergänzung um die durchaus komplexe Geschichte des Ringens der Menschen in Deutschland für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Vor einigen Jahren resümierte Benedikt Erenz in der *Zeit*: „Geschichte kann man nicht ändern, Tradition aber lässt sich wählen. Unsere Tradition ist die Freiheit. Die Republik sollte den Mut dazu haben – zum 18. März als nationalem Gedenktag, als Nationalfeiertag.“ (Erenz 2013: 14).

LITERATUR

-  Aufruf. Für demokratische Tradition und revolutionären Geist, Jg. 1–28 (1997–2025), URL: [Online: www.maerzrevolution.de](http://www.maerzrevolution.de) [eingesehen am 26.12.2024].
-  Chakrabarty, Dipesh: History and the Politics of Recognition, in: Morgan, Sue/Jenkins, Keith/Munslow, Alun (Hrsg.): Manifestos for history, London 2007, S. 77–87.
-  Daniel, Ute: Postheroische Demokratiegeschichte, Hamburg 2020.
-  Erenz, Benedikt: Der wahre Tag der Deutschen, in: Die Zeit, 21.03.2013, S. 14.
-  Freiligrath, Ferdinand: Trotz alledem, in: Ders.: Neuere politische und sociale Gedichte, Köln 1849, S. 62–66.
-  Hager, Kurt: o.T., in: Der Tagesspiegel, 04.01.1979, o.S.
-  Hamann, Christoph: Trotz alledem – die Aktion 18. März, in: Ders./Schröder, Volker (Hrsg.): Demokratische Tradition und revolutionärer Geist. Erinnern an 1848 in Berlin, Freiburg 2010, S. 40–59.
-  Hobrack, Volker: Denkzeichen. Gedenktafeln an die Märzrevolution von 1848 in Berlin, in: Hamann, Christoph/Schröder, Volker (Hrsg.): Demokratische Tradition und revolutionärer Geist. Erinnern an 1848 in Berlin, Freiburg 2010, S. 86–96.
-  Karwelat, Jürgen: Straßenzeichen. Revolution(en) auf Berliner Straßenschildern, in: Hamann, Christoph/Schröder, Volker (Hrsg.): Demokratische Tradition und revolutionärer Geist. Erinnern an 1848 in Berlin, Freiburg 2010, S. 71–84.
-  Kocka, Jürgen: Zwischen Friedrichshain und Paulskirche, in: Die Zeit, 29.04.1998, S. 78.

-  Koselleck, Reinhart: Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses, in: Frei, Norbert/Knigge, Volkhard (Hrsg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S. 21–32.
-  Robb, David/John, Eckhard: ‘A Man’s a Man for a’ that’ and ‘Trotz Alledem’: Robert Burns, Ferdinand Freiligrath, and their Reception in the German Folksong Movement, in: The Modern Language Review, Jg. 106 (2011), H. 1, S. 17–46.
-  Sabrow, Martin: 1848, 1918 und 1989 im deutschen Gedächtnis, in: Gaida, Oliver et al. (Hrsg.): Friedhof der Märzgefallenen. Zum Ort der Revolution von 1848 in der DDR, Berlin 2024, S. 17–26.
-  Steinmeier, Frank Walter: Rede aus Anlass des republikanischen Banketts zum 175. Jahrestag der Märzrevolution von 1848, in: Der Bundespräsident, 17.03.2023, URL: <https://www.bundespraesident.de> [eingesehen am 15.01.2025].

Autor:in



Dr. Christoph Hamann ist Historiker, Geschichtsdidaktiker und Publizist. Schwerpunkte: 1848/49, Visual History, Regionalgeschichte, biografisches Erinnern, historisches Lernen.

Die Revolution findet nicht auf Berliner Straßenschildern statt

Jürgen Karwelat

„Stadtpläne sind aufgeschlagene Geschichtsbücher“ sagte einmal der Berliner Schriftsteller und Feuilletonist Heinz Knobloch (1926–2003). Geht es hingegen nach dem Historiker Rainer Pöppinghege, dann sind Straßennamen keinesfalls ein Spiegel der Geschichte, sondern allerhöchstens das „Abbild dessen, wie es hätte gewesen sein sollen“ (Pöppinghege 2007: 13). Dem Autor ist zwar zuzustimmen, dass natürlich entscheidend ist, wer überhaupt das Recht hatte, Vorschläge für Straßennamen zu machen und diese auch umzusetzen. Trotzdem können Straßenschilder viel über die Geschichte einer Stadt erzählen: die Vorstellung der Herrschenden ist an ihnen ablesbar und auch, welche Vorbilder und Ideale eine Gesellschaft haben soll. Mit dieser Grundüberlegung kommt man in Berlin zu dem Ergebnis, dass die Stadt eine königs- und kaisertreue Weltstadt mit bürgerlich-konservativen und -liberalen Einsprengseln ist, in der mitunter der Geist des Widerstands aufblitzt. Dieser hat in den letzten Jahrzehnten zunehmend ein weibliches Gesicht.

»Trotzdem können Straßenschilder viel über die Geschichte einer Stadt erzählen: die Vorstellung der Herrschenden ist an ihnen ablesbar und auch, welche Vorbilder und Ideale eine Gesellschaft haben soll.«

Berlin wuchs von 1850 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs von einer Provinzstadt zu einer Weltstadt an. Die neuen Straßen und Stadtteile mussten mit neuen Straßennamen versorgt werden. Doch über Deutschland herrschte eine Monarchie, die über den Berliner Polizeipräsidenten ihre Weltsicht auf die Straßenschilder gebracht hatte. Wie sollte es in dieser Zeit zu einer Erinnerung an die Revolution von 1848 kommen? Daran war erst mit dem Ende der Monarchie, also nach der Revolution am 9. November 1918 zu denken. In der Weimarer Republik wurden allerdings nur wenige Straßenbenennungen zur Aufnahme der demokratischen Tradition vorgenommen. Es reichte gerade einmal

zur Umbenennung des Königsplatzes vor dem Reichstagsgebäude in den „Platz der Republik“ im Jahr 1926. Erst nach 1945 konnte in Berlin auch auf Straßenschildern an die Revolution von 1848 erinnert werden.

Dennoch sollten weitere 50 Jahre vergehen, bis kurz vor der Jahrtausendwende drei Umbenennungen beschlossen wurden, die sich auf die 1848er-Revolution bezogen:

- die Umbenennung des Platzes vor dem Brandenburger Tor in den „Platz des 18. März“
- die Benennung des Platzes vor dem Gorki-Theater in den „Platz der Märzrevolution“
- die Benennung des Weges zum Friedhof der Märzgefallenen in Friedrichshain in den „Ernst-Zinna-Weg“.



Platzbenennung „Platz des 18. März 1848“, 1998. Quelle: Archiv der Aktion 18. März.

PLATZ DES 18. MÄRZ

Der Platz erhielt am 15. Juni 2000 seinen neuen Namen. Vorausgegangen war der Umbenennung ein mehrjähriges Engagement der Bürgerinitiative „Aktion 18. März“, die 1978 unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin-West, Heinrich Albertz, und der Schriftstellerin Ingeborg Drewitz gegründet worden war. Ihr Ziel war es, den 18. März in Erinnerung an die Märzrevolution von 1848 in beiden deutschen Staaten zum gemeinsamen Feiertag zu erklären.

Ab Mitte der 1990er Jahre forderte die Initiative die Umbenennung des „Platz vor dem Brandenburger Tor“, den die Nationalsozialisten zwischenzeitlich in „Hindenburgplatz“ umbenannt hatten. Doch trotz der einstimmigen Zustimmung der Bezirksverordnetenversammlung Mitte wurde die Umsetzung vom damaligen Bausenator Jürgen Klemann (CDU) untersagt, der ihr das Verfahren entzog. Dessen ungeachtet kam es am 18. März 1998 zu einer Platzbenennung, als die beiden Bürgermeister Jörn Jensen (Bündnis 90/Die Grünen, Bezirk Tiergarten) und Joachim Zeller (CDU, Bezirk Mitte) die neu-

en Schilder gemeinsam anbrachten – die schon bald wieder von der Polizei entfernt wurden. Schließlich wurde der Kompromissvorschlag des damaligen Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Thierse angenommen. Der Platz wurde im Juni 2000 in „Platz des 18. März“ umbenannt. So wurde nicht nur an die Märzrevolution, sondern auch an die ersten freien Wahlen in der DDR am 18. März 1990 erinnert.

»Der Platz wurde im Juni 2000 in „Platz des 18. März“ umbenannt. So wurde nicht nur an die Märzrevolution, sondern auch an die ersten freien Wahlen in der DDR am 18. März 1990 erinnert.«

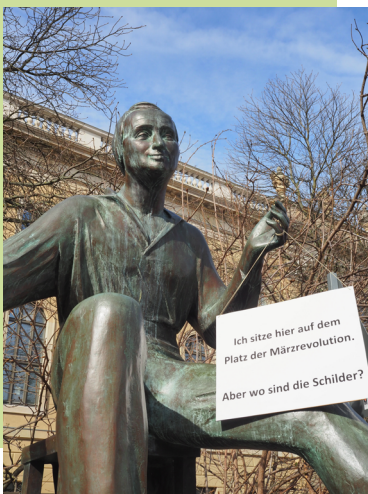
PLATZ DER MÄRZREVOLUTION

Um die „Aktion 18. März“ von ihrer Forderung vom Brandenburger Tor abzubringen, schlug 1997 Bausenator Kleemann als Alternative vor, den seit 1952 stillgelegten Straßenbahntunnel hinter der Neuen Wache an der Straße „Unter den Linden“ mit Beton zu deckeln und gemeinsam mit dem Vorplatz des Maxim-Gorki-Theaters zu einem Platz zu erklären. Dieser Platz sollte am 18. März 1998 offiziell eingeweiht werden. Da zu diesem Zeitpunkt die Bauarbeiten aber noch nicht beendet waren, enthüllte Bürgermeisterin Christine Bergmann (SPD) an diesem

Tag zwar kein Schild für den Platz, aber eine Gedenktafel an der Eingangstreppe des Theaters. Diese erinnert daran, dass in diesem Gebäude ab Mai 1848 die durch allgemeine Wahlen gebildete Preußische Nationalversammlung tagte. Die zur Benennung zum „Platz der Märzrevolution“ aufwändig hergestellten Schilder wurden hingegen niemals aufgestellt.

Der Platz ist zwar in diversen offiziellen Dokumenten erwähnt und auch auf digitalen und analogen Stadtplänen zu finden. Trotzdem ist sich das Bezirksamt Mitte bis heute nicht sicher, ob der Platz existiert. Es

schiebt eine Entscheidung über einen Anfang des Jahres 2024 eingebrachten Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV), endlich Schilder aufzustellen, hinaus. Der Platz sei seinerzeit nicht zu Ende gestaltet worden. Am 18. März 2024, 25 Jahre nach der Benennung des Platzes, bat die Berliner Geschichtswerkstatt den freiheitlichen Schriftsteller Heinrich Heine um aktive Hilfe: An das an ihn erin-



Denkmal von Heinrich Heine auf dem Platz der Märzrevolution, 2023. Foto: Jürgen Karwelat.

nernde Denkmal auf dem Platz brachte sie ein Schild an, auf dem zu lesen stand: „Ich sitze hier auf dem Platz der Märzrevolution. Aber wo sind die Schilder?“. Das Schild wurde innerhalb von 24 Stunden entfernt.

ERNST-ZINNA-WEG

Als weitere Erinnerung an die März-Revolution ist die Benennung des Ernst-Zinna-Wegs aufzuführen. Der Weg befindet sich in unmittelbarer Nähe des Friedhofs der Märzgefallenen, auf dem auch der 17-jährige Schlosserlehrling Ernst Zinna beerdigt ist. Ernst Zinna starb am 19. März 1848 an einer Schusswunde, die ihm als letztem Verteidiger der Barrikade Jägerstraße/Ecke Friedrichstraße zugefügt wurde. Die Initiative zur Benennung ging von Schülerinnen und Schülern des Erich-Fried-Gymnasiums aus, die ursprünglich eigentlich die Umbenennung der Strausberger Straße in Ernst-Zinna-Straße durchsetzen wollten. Die Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain schlug als Kompromiss die Benennung der bisher namenlosen Zufahrtsstraße zum Krankenhaus Friedrichshain und zum Friedhof der Märzgefallenen vor. Am 18. März 2000 wurden die neuen Straßenschilder enthüllt.

REVOLUTIONÄRE AUF STRASSENSCHILDERN

Damit ist die Liste der Straßennamen, die an die unmittelbaren Ereignisse Mitte März 1848 in Berlin erinnern, bereits erschöpft. Im weiteren Umfeld lassen sich einige Benennungen aufführen, die indirekt mit der Märzrevolution von 1848 zu tun haben. So wurde etwa am 3. September 1969 die neu geschaffene Straße zwischen dem heutigen Platz der Vereinten Nationen und der Karl-Liebknecht-Straße in Mollstraße umbenannt. Sie erinnert an Joseph Maximilian Moll (1813–1849), einem der Gründungsmitglieder des 1840 ins Leben gerufenen Deutschen Arbeiterbildungsvereins. Er fiel im Gefecht bei der Murg in Baden am 28. Juni 1849.

In Wilmersdorf erinnern sieben Straßen daran, dass das preußische Interventionsheer

»In Wilmersdorf erinnern sieben Straßen daran, dass das preußische Interventionsheer unter Führung des „Kartätschen-Prinzen“, dem späteren Kaiser Wilhelm I, die Demokratiebewegung in Baden und in der Pfalz 1849 niedergeschlagen hat.«

unter Führung des „Kartätschen-Prinzen“, dem späteren Kaiser Wilhelm I, die Demokratiebewegung in Baden und in der Pfalz 1849 niedergeschlagen hat. Straßennamen wie die Badensche Straße oder die Waghäuseler Straße benennen eher die Reaktion auf die Revolution. Sie tragen die Namen von Orten, in denen das badische Revolutionsheer durch die preußischen Truppen geschlagen wurde.



Straßenschild Waghäuseler Straße in Berlin-Wilmersdorf, 2022. Foto: Jürgen Karwelat.

Auch die Streckfußstraße in Berlin-Karow am 31. Mai 1951 kann als Erinnerung an 1848 gerechnet werden. Adolf Carl Streckfuß, „Erzdemokrat“ und „Volksschriftsteller“, wurde zunächst für sein Werk *Die große französische Revolution und die Schreckensherrschaft* zwar wegen Hochverrats angeklagt, fungierte aber nach seinem Freispruch ab 1862 als Stadtverordneter.

Mit viel Wohlwollen wird man auch noch die Umbenennung des Schlieffenufers im Januar 1991 in „Bettina-von-Arnim-Ufer“ als Ehrung einer 1848erin ansehen können. Die 1889 neu angelegte Straße erhielt den Namen Richard-Wagner-Straße, bevor die Nationalsozialisten 1934 Alfred Graf von Schlieffen mit ihrer Umbenennung ehrten. So war die Umbenennung 1991 durch die Bezirksverordnetenversammlung Tiergarten eine bewusste Abkehr davon und eine Ehrung der Schriftstellerin Bettina von Arnim (1785–1859). Sie war im Berlin der 1840er Jahre eine bekannte Salongonnière, bei deren gesellschaftlichen Empfängen künstlerische und politische Themen in liberaler Atmosphäre erörtert wurden. In ihren beiden „Königsbüchern“ von 1843 und 1852 wies sie auf das soziale Elend und die fehlende Meinungsfreiheit in Preußen hin.

Etwas eigenartig ist die Benennung der Pfuelstraße in Kreuzberg. Ernst von Pfuel (1779–1866) war ein preußischer General, der ab 1847 Gouverneur von Berlin und 1848 preußischer Ministerpräsident und Kriegsminister war. Weil er mit der Demokratiebewegung sympathisierte und nicht bereit war, die Demokraten mit militärischer Gewalt niederzuschlagen, wurde er am 2. November 1848 vom preußischen König abgesetzt. Die Straße trägt ihren Namen seit dem 4. April 1885. Wahrscheinlich, weil Pfuel 1817 eine Militärschwimmanstalt gründete, in der den preußi-

schen Rekruten das Schwimmen beigebracht wurde. Die Schwimmanstalt befand sich in der Spree in unmittelbarer Nähe der heutigen Pfüelstraße.

Glücklich soll sich schätzen, wer nicht nur Revolutionär, sondern auch Schriftsteller ist. In Berlin gibt es zwei Herwegh- und eine Emma-Herwegh-Straße. Die Herweghstraßen in Hellersdorf und Treptow sind Benennungen aus der DDR-Zeit, um an den Dichter und Revolutionär Georg Herwegh (1817–1875) zu erinnern, der sich im April 1848 am radikal-demokratischen Aufstand in Baden beteiligte. Nachdem in der Nähe des Berliner Hauptbahnhofs ein neues Stadtviertel mit ausschließlich nach Frauen benannten Straßen entstand, folgte 2005 die Bezirksverordnetenversammlung Mitte mit der Benennung einer dieser Straßen mit Georg Herweghs Ehefrau Emma Herwegh (1817–1904). Die Tochter eines Berliner Seidenhändlers und Hoflieferanten beteiligte sich ebenfalls an der Revolution 1848/49. Sie war, wie ihr Mann, Mitglied in der Pariser Deutschen Legion, die auf der republikanischen Seite in Baden eingreifen wollte.

FAZIT

Im Verhältnis zu preußischen Generälen, zu Schlachtfeldern und zu Monarchen, die 1848 auf der anderen Seite der Barrikade gestanden haben, erinnert nur eine sehr kleine Zahl von Straßen an die demokratische Bewegung des Jahres 1848. Bereits 1998 wies der Historiker Rüdiger Hachtmann darauf hin, dass es zwar eine Straße mit dem Namen des General Wrangel gebe, der am 10. November 1848 mit 12.000 Soldaten einmarschierte und das preußische Parlament aus Berlin vertrieb, doch für zahlreiche andere Personen, die sich damals um die Demokratie verdient gemacht haben, scheint kein Platz auf Berliner Straßenschildern zu sein.

»Im Verhältnis zu preußischen Generälen, zu Schlachtfeldern und zu Monarchen, die 1848 auf der anderen Seite der Barrikade gestanden haben, erinnert nur eine sehr kleine Zahl von Straßen an die demokratische Bewegung des Jahres 1848.«

LITERATUR



Hachtmann, Rüdiger: Berlin 1848, Bonn 1997.



Hachtmann, Rüdiger: 1848. Revolution in Berlin, Berlin 2022.



Mende, Hans-Jürgen (Hrsg.): Lexikon – Alle Berliner Straßen und Plätze – Von der Gründung bis zur Gegenwart, Berlin 1998.



Pöppinghege, Rainer: Wege des Erinnerns, Münster 2007.



Platz des 18. März, in: Wikipedia. URL: https://de.wikipedia.org/wiki/Platz_des_18._März, [eingesehen am 04.11.2024].



Karwelat, Jürgen: Der Bezirk Mitte lässt den Platz der Märzrevolution verschwinden, in: Aufruf, Jg. 27 (März 2024), S. 9, URL: https://www.maerzrevolution.de/images/zeitungen/MrzZtg_2024_Web.pdf, [eingesehen am 04.11.2024].

Autor:in



Jürgen Karwelat, geboren 1951 in Westfalen, ehemaliger Verwaltungsjurist in verschiedenen Bundesministerien, arbeitet seit vielen Jahren in seiner Freizeit in verschiedenen Projekten der Berliner Geschichtswerkstatt. Schwerpunkt sind die Berliner Straßennamen und die seit 1984 durchgeführten „Historischen Stadtrundfahrten mit dem Schiff“.

Der Friedhof der Märzgefallenen. Ein Erinnerungs- und Lernort für Demokratie

Susanne Kitschun und Paul Schmitz

VORBEMERKUNG

Der Friedhof der Märzgefallenen im Volkspark Friedrichshain ist ein besonderer Ort der Demokratiegeschichte. Seit mehr als 175 Jahren finden hier Gedenkfeiern und Kundgebungen statt, werden Freiheits- und Menschenrechte eingefordert. Bis heute sind der Friedhof der Märzgefallenen und die Erinnerung an die Revolution von 1848/49 umkämpft, gibt es „verschiedene Ansprüche auf den Friedhof und auf das Vermächtnis der hier Beerdigten“ (Thijs 2024: 245). Diese Mehrdeutigkeit spiegelt sich in den sich überlagernden Schichten des komplexen Gartendenkmals.

Der folgende Beitrag beleuchtet schlaglichtartig die Entstehung des Friedhofs der Märzgefallenen in der Revolution 1848/49 und die Entwicklung der Gedenkkultur. Im zweiten Teil werden Methodik und Schwerpunkte der historisch-politischen Bildungsarbeit des Gedenkortes vorgestellt.

GRÜNDUNG DES FRIEDHOFS IN DER MÄRZREVOLUTION

„[...] dass die Erinnerung an die gestrige Bestattungsfeier als eine der großartigsten Kundgebungen der Volksgesinnung [...] in der Geschichte des deutschen Vaterlandes auf ewige Zeiten fortleben wird.“ (Erklärung des Bestattungs-Comites vom 23.03.1848)

Wie eine Lawine breiteten sich revolutionäre Explosionen ab Februar 1848 in ganz Europa aus. Die Berliner Barrikadenkämpfe am 18. März zwischen Bevölkerung und Militär waren im europäischen Vergleich besonders blutig (Clark



Die Totenfeier auf der Friedrichshöhe bei Berlin, Kundgebung 04.06.1848. Quelle: AKG images, AKG71440.

2023: 436–448, 474–476). Augenzeugen berichteten von der Brutalität und Grausamkeit des viel besser ausgerüsteten Militärs. Als der preußische König am 19. März den Rückzug der Soldaten befahl, hatten mehr als 150 Revolutionär:innen ihr Leben verloren. Weitere starben in den nächsten Tagen und Wochen an den erlittenen Verletzungen (Hachtmann 2022: 34–41; Kitschun 2023: 50f.).

Für die in den Barrikadenkämpfen Gefallenen bestimmte ein Bestattungskomitee aus Mitgliedern von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung einen religiös neutralen Ort: den ersten kommunalen Park Berlins, den „Friedrichshain“. Durch seine erhöhte Lage auf einem Hügel vor den Toren der Stadt war der Begräbnisplatz weithin sichtbar. Überlegungen einer gemeinsamen Beisetzung von Revolutionär:innen und Soldaten wurden wegen starkem Widerstand aufgegeben (Kitschun 2023: 52).

Bereits vier Tage nach den Barrikadenkämpfen fand am 22. März die Beisetzung von 183 Aufständischen unter gewaltiger Anteilnahme der Bevölkerung statt. Später wurden auf dem Friedhof nur noch die Toten beigesetzt, die erst später an ihren bei den Kämpfen erhaltenen Wunden verstarben, insgesamt 255 Tote.

DIE AUF DEM FRIEDHOF BESTATTETEN TOTEN DER MÄRZREVOLUTION

Anders als damalige Parlamente wie etwa die Deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche, die Frauen als Abgeordnete ausschlossen und von (groß-)bürgerlichen Männern dominiert wurden, steht der Friedhof der Märzgefallenen für die breiten Bevölkerungsschichten, die die Revolution

»Anders als damalige Parlamente wie etwa die Deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche [...] steht der Friedhof der Märzgefallenen für die breiten Bevölkerungsschichten, die die Revolution von 1848 trugen.«

von 1848 trugen, und „die soziale und geschlechtliche Diversität der revolutionären Akteure“ (Gatzka 2023: 7).

Rund 85 Prozent der auf dem Friedhof der Märzgefallenen beerdigten Toten waren Menschen ohne Vermögen und ohne anerkannte politische Stimme, vor allem verarmte Handwerker, Gesellen, Lehrlinge, Dienstmädchen und Arbeitsleute. Mehr als ein Drittel waren junge Menschen unter 24 Jahren, die nach damaligem Recht noch nicht volljährig waren. Auch elf Frauen waren unter den Toten, außerdem überproportional viele jüdische Menschen – gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil.

GEDENKEN UND GEGENGEDENKEN BIS 1918

„Hier ruht die große Schaar der Todten, die der Stahl der Despotie erwürgt.“ (Im Friedrichshain, Gedicht, in: Zum 18. März, Berlin 1895: 2.)

Jenseits der individuellen Trauer fanden am Friedhof von Beginn an politische Kundgebungen statt, erstmals im Juni 1848. Nach der Niederschlagung der Revolution war der Zugang zum Friedhof in den 1850er Jahren erschwert, zeitweise sogar komplett abgesperrt.

Als er nach Protesten von Angehörigen 1861 wieder geöffnet wurde, blieb er ein Ort der Opposition. Mitglieder der Arbeiter:innenbewegung, Sozialdemokrat:innen und Linksliberale verbanden ihr Gedenken mit der Ablehnung des preußischen Obrigkeitsstaats. Die preußische Polizei ihrerseits kontrollierte und kassierte mitgebrachte Kranzschleifen, verbot das Halten von Reden und sogar das Singen (Kitschun 2023: 60f.).

Im November 1918 beschloss die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte die Bestattung der Toten der neuen Revolution auf dem Friedhof der Märzgefallenen. Es war die erste Zubettung seit 1848. Insgesamt 29 Tote aus dem November und Dezember 1918 wurden auf dem Revolutionsfriedhof beerdigt – allerdings nicht die Toten der Januar- und Märzkämpfe 1918, wie es der Magistrat entschied. Darin spiegelte sich die zunehmende Spaltung der Arbeiter:innenbewegung nach der Gründung der KPD (Gaida/Kitschun 2021: 26–47).

ERINNERN ZWISCHEN DEMOKRATIE UND DIKTATUR 1919–1989

In der Weimarer Republik wurde der Friedhof zum Ort offiziellen staatlichen Gedenkens. An der Einweihung des ersten repräsentativen Eingangstores im Jahr 1925 nahm auch der Berliner Polizeipräsident teil. Weiterhin war es besonders die Arbeiter:innenbewegung, die gedachte. Sozialdemokraten und Kommunisten hielten getrennte Feiern ab, ebenso die Deutsche Demokratische Partei (Feier bei den Märzgefallenen 1925; Klemm 2007: 223–244).

Im Nationalsozialismus verfiel der Friedhof. Zum 100. Jahrestag der Revolution wurde der Friedhof grundlegend instandgesetzt. Das entschied der Berliner Magistrat noch gemeinsam, dann geriet das Jubiläum zur ersten deutsch-deutschen geschichtspolitischen Auseinandersetzung und wurde getrennt gefeiert.

Der Friedhof, der in der sowjetischen Zone lag, wurde stark überformt, das zentrale Gräberfeld wich einer Rasenfläche

mit einem Gedenkstein im Zentrum und Platz für größere Aufmärsche. Erhaltene Grabzeichen wurden umgestellt, einige sogar vergraben. Sie sind im Boden des Friedhofs bis heute überliefert. Das kollektive Gedenken an die Toten der Revolution 1848 stand im Vordergrund (Kitschun 2023: 62).



Gedenkfeier mit Pionieren und Kampfgruppen,
18.03.1958. Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-53851-0001.

In der DDR wurde zum 40.

Jubiläum der Revolution 1918/19 der Bereich der Gräber von 1918 umgestaltet und entindividualisiert.

1961 wurde die überlebensgroße Bronzestatue ‚Roter Matrose‘ aufgestellt. Diese Umgestaltung nach den geschichtspolitischen Zielen der SED ist bis heute erhalten und steht unter Denkmalschutz. Sie fokussiert das Gedenken optisch auf die revolutionäre Volksmarinedivision von 1918. Beim Gedenken zu DDR-Zeiten waren erstmals bewaffnete Soldaten auf dem Friedhof präsent sowie ebenfalls bewaffne-

te Mitglieder der sogenannten Kampfgruppen der Arbeiterklasse (Kitschun 2024: 85–91, 100).

DER GEDENKORT HEUTE – HERAUSFORDERUNGEN UND POTENTIALE DER BILDUNGSARBEIT

Nach einer Art Dornröschenschlaf ab den 1980er Jahren ist der Friedhof seit 2009 unter Trägerschaft des Paul Singer Vereins ein lebendiger Gedenk- und Ausstellungsort.

Angesichts aktueller Gefährdungen der Demokratie kommt dem Erinnern an demokratische Aufbrüche breiter Bevölkerungsschichten wie in der Revolution 1848/49 mehr Gewicht zu. Am Friedhof der Märzgefallenen manifestiert sich diese Aufmerksamkeit für Demokratiegeschichte gleich zweifach:

- Bis 2028 entsteht ein Besuchszentrum, finanziert vom Deutschen Bundestag und dem Berliner Abgeordnetenhaus.
- Die Zahl der Besuchenden und die Nachfrage nach historisch-politischen Bildungsangeboten sind stark gestiegen.

Dem Historiker Krijn Thijs zufolge hat der Friedhof „eine erstaunliche Karriere erlebt, die stets von Fragen nach seiner künftigen Ausgestaltung und seinem Potential für die politisch-pädagogische Bildungsarbeit begleitet wird“ (Thijs 2024: 1). Als inhaltlicher Schwerpunkt leistet die Bildungsarbeit nicht nur einen Beitrag zur aktiven Erinnerung an die Revolution 1848/49, sondern regt zudem zur Auseinandersetzung mit der heutigen Demokratie an und kann das Vertrauen in diese fördern. Dieser Fokus auf Demokratie als Leitmotiv knüpft direkt an die herausragende demokratiegeschichtliche Bedeutung des Friedhofs an.

DEMOKRATIEVERTRAUEN UND HISTORISCH-POLITISCHE BILDUNG

Jugendliche in Deutschland sind laut Studien überdurchschnittlich zufrieden mit der Demokratie (IU Internationale

»Angesichts aktueller Gefährdungen der Demokratie kommt dem Erinnern an demokratische Aufbrüche breiter Bevölkerungsschichten wie in der Revolution 1848/49 mehr Gewicht zu.«

Hochschule 2023: 1). Gleichzeitig erleben sie Schulen selten als Orte demokratischen Lernens und empfinden politische Bildung als unterbewertet, was langfristiges Engagement erschwert (Sinus-Institut 2024: 306).

»Der Friedhof der Märzgefallenen ist der einzige außerschulische Lernort in der Hauptstadt, der schwerpunktmäßig zum Thema arbeitet.«

Die historisch-politische Bildungsarbeit des Friedhofs der Märzgefallenen als außerschulischer Lernort knüpft an seine lange Tradition als Ort politischer Kundgebungen an: Er dient als Reflexions- und Aushandlungsraum zu Fragen des Umgangs mit und Erinnerung an die Geschichte in der Gegenwart. Die Vermittlung ist in diesem Sinne explizit eine historisch-politische und soll anregen, sich kritisch mit gesellschaftlichen Themen auseinanderzusetzen und aktiv am politischen Leben teilzunehmen (Chmiel/Farber 2024: 140).



Schüler:innen-Workshop am Gedenkstein, Sommer 2024. Quelle: Paul Singer Verein.

ORT UND THEMA GREIFBAR MACHEN

Die Revolution 1848/49 steht derzeit im Mittelpunkt der Vermittlungsangebote. Im Jahr 2025 und 2026 ist dieses Kapitel der Demokratiegeschichte in Berlin Prüfungsschwerpunkt im Abitur bei Grund- und Leistungskursen Geschichte. Der Friedhof der

Märzgefallenen ist der einzige außerschulische Lernort in der Hauptstadt, der schwerpunktmäßig zum Thema arbeitet. 2024 besuchten rund 100 Schulklassen Workshops und Führungen am Gedenkort. Dieser außergewöhnliche Zuwachs von etwa 250 Prozent gegenüber den Vorjahren ist auch auf die Aktivitäten zum 175. Jahrestag der Revolution zurückzuführen.

Der Ort selbst erinnert in seiner heutigen Form nur noch entfernt an den ursprünglichen Friedhof von 1848. Seine bescheidene Erscheinung steht im Kontrast zu seiner herausragenden historischen Bedeutung. Die Mehrdeutigkeit und Überlagerung der historischen Schichten stellt eine

didaktische Herausforderung dar, bietet aber mit Blick auf die geschichtspolitische Vereinnahmung des Friedhofs auch Potenzial in der Bildungsarbeit.

Die Ambivalenzen und Widersprüche der historischen Ereignisse müssen adäquat dargestellt werden, um ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein zu fördern. Das erfordert Vermittlungsmethoden, die sowohl die Komplexität der historischen Prozesse als auch die unterschiedlichen Perspektiven der damaligen Akteur:innen berücksichtigen.

Die Workshops folgen den drei Strukturelementen der Einstiegs-, Erarbeitungsphase und Ergebnissicherung:

1. Bei einer Führung spielen die vorhandenen Grabzeichen und Darstellungen bzw. Pläne des Friedhofs und der Gräber eine zentrale Rolle, um sich zum Einstieg vor Ort den Ereignissen von 1848/49 zu nähern.
2. In der Erarbeitungsphase setzen sich die Teilnehmenden in Kleingruppen mit einzelnen Biografien von Akteur:innen auseinander. Das sind zum einen die auf dem Friedhof bestatteten Märzgefallenen, über die aufgrund ihres überwiegend niedrigen sozialen Status meist nur wenig bekannt ist. Die überlieferten Informationen wie Name, Alter, Beruf, Geschlecht und Wohnort bieten aber eine gute Grundlage für das Erarbeiten der Biografien (Friedhof der Märzgefallenen 2023). Um die Vielfalt der sozialen und politischen Akteure zu veranschaulichen, bearbeiten die Teilnehmenden Biografien bekannter Revolutionär:innen oder Gegner:innen der Revolution. Mithilfe von Text- und Bildquellen setzen sie sich mit spezifischen Teilthemen und Perspektiven auseinander und beleuchten die Rolle der jeweiligen Person in der Revolution.
3. In der folgenden Phase sichern die Schüler:innen ihre Ergebnisse, indem sie in größeren Gruppen kurze Szenen erarbeiten. Angelehnt an die Methode des Rollenspiels präsentieren und diskutieren sie Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Akteur:innen. Durch die Übernahme unterschiedlicher Perspektiven auf die Ereignisse bietet diese Aufbereitung die Möglichkeit einer – geschichtsdidaktisch unverzichtbaren – reflektierten Umsetzung von Multiperspektivität. In der Diskussion wird besonderer Wert darauf gelegt,

die Bedeutung von Einzelnen für das Gelingen oder Scheitern der Demokratie zu unterstreichen. Auch der Gegenwartsbezug wird hergestellt. Hierbei spielen Hinterfragung, Kritik und Reflexion eine zentrale Rolle. Diese Herangehensweise bringt ein machtkritisches Potential mit sich, in dem sich bestehende Asymmetrien, Machtverhältnisse und Hierarchien manifestieren. Die unterschiedlichen Positioniertheiten der Teilnehmenden fließen mit ein (Chmiel/Farber 2024: 147).

Die historisch-politischen Angebote des Gedenkortes ermöglichen über die Auseinandersetzung mit dem Friedhof und der Geschichte, dass eine Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse und eigene Handlungsmöglichkeiten sichtbar werden. Das kritische Nachdenken über gesellschaftspolitische Fragen soll über die Exkursion hinaus angeregt werden. Das Wissen um die historischen Wurzeln unserer Demokratie kann eine Motivation sein, aktiv am politischen Leben in der Demokratie teilzunehmen und sie gegen ihre Verächter:innen zu verteidigen.

TIPP

Sie haben Interesse an einem Besuch, möchten ein Bildungsformat buchen oder suchen nach weiteren Informationen?

Besuchen Sie www.friedhof-der-maerzgefallenen.de


LITERATUR UND QUELLEN





Friedhof der Märzgefallenen (Hrsg.): Auf dem Friedhof der Märzgefallenen bestattete Personen, 26.06.2023, URL: <https://themator.museum-digital.de> [eingesehen am 20.01.2025].




Chmiel, Cornelia/Farber, Jennifer: Wir meinen es politisch! – Historisch-politische Bildungsarbeit an Gedenkstätten, in: van Norden, Jörg/Yildirim, Lale (Hrsg.): Historisch-politische Bildung im Diskurs. Perspektiven der Geschichtsdidaktik, Frankfurt am Main 2024, S. 138–155.

 Clark, Christopher: Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt, München 2023.


 Erklärung des Bestattungs-Comites vom 23.03.1848, in: LAB A Rep. 001-02, Nr. 2441, Blatt 5.


 Feier bei den Märzgefallenen. Die Weihe des neuen Portals auf dem Friedhof im Friedrichshain, in: Vorwärts, 12.10.1925, S. 3.


 Gaida, Oliver/Kitschun, Susanne: Die Revolutionsopfer von 1918 auf dem Friedhof der Märzgefallenen, in: Dies. (Hrsg.): Die Revolution 1918/19 und der Friedhof der Märzgefallenen, Berlin 2021, S. 22–55.


 Hachtmann, Rüdiger: 1848. Revolution in Berlin, Berlin 2022.


 IU Internationale Hochschule: Kurzstudie 2024. Demokratie und Bildung, Erfurt 2024.

 Kitschun, Susanne: Der Friedhof der Märzgefallenen – Erinnerungsort für die Revolutionär:innen von 1848 in Berlin, in: Der Bär von Berlin, Jahrbuch des Vereins für Berliner Geschichte, Band 72 (2023), S. 49–66.

 Dies.: „Wir, die Erben dieser aufrechten Patrioten...“. Der Friedhof der Märzgefallenen und das Gedenken an die Märzrevolution in der DDR (1961–1978), in: Gaida et al. (Hrsg): Friedhof der Märzgefallenen, Berlin 2024, S. 85–103.

 Klemm, Claudia: Erinnert, Umstritten, Gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Gedenkkultur, Göttingen 2007.

 Zum 18. März, red. von Franz Schulze, Berlin 1895.

 Sinus-Institut: Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland 2024, Berlin 2024.



Thijs, Krijn: Dem Friedhof kein Frieden? Demokratiegeschichte im örtlichen Deutungsgeflecht, in: Gaida, Oliver et al. (Hrsg): Friedhof der Märzgefallenen, Berlin 2024, S. 239–252.

Autor:innen



Dr. Susanne Kitschun ist Leiterin des Gedenkortes Friedhof der Märzgefallenen. Studium Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Bonn und Köln; Promotion am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin.

Paul Schmitz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter für Pädagogik beim Gedenkort Friedhof der Märzgefallenen. Er studierte Geschichte und Musikwissenschaft in Köln und Public History an der Freien Universität Berlin.

Erinnern an 1848/49 im Revolutionsmuseum Rastatt

Elisabeth Thalhofer

„Unsere Demokratie muss heute eine wehrhafte Demokratie sein. Sie braucht starke, abwehrbereite Institutionen. Sie braucht kraftvolle Symbole und Menschen, die diese Symbole auch pflegen. Schwarz, Rot und Gold, das sind die historischen Farben unserer Demokratie. Lassen wir nicht zu, dass diese Farben heute von den Verächtern der Demokratie missbraucht werden!“ (Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Ansprache beim Republikanischen Bankett am 17. März 2023 in Schloss Bellevue)

„Die wehrhafte Demokratie“ – gerade dies ist das zentrale Thema der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, kurz Revolutionsmuseum Rastatt. 1974 hatte Bundespräsident Gustav W. Heinemann angeregt, einen nationalen Gedächtnisort für das demokratische Erbe Deutschlands zu schaffen. Im Mittelpunkt sollte die Revolution von 1848/49 als eine der zentralen Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte stehen.

Heute existieren eine Vielzahl von historischen Lern- und Anschauungsorten, die einen nationalen Auftrag wahrnehmen. Doch 1974 war das ein Novum und deshalb war zunächst auch unklar, wie und wo solch ein Ort institutionell angebunden sein könnte. Das Bundesarchiv sollte die Ausgestaltung übernehmen. Als „Gedächtnis der Nation“ bewahrt es wichtige Quellen zur Geschichte der deutschen Freiheitsbewegungen und gewährleistet den offenen Zugang zu ihnen. Mit der Erinnerungsstätte kam jedoch ein vollkommen neuer Aufgabenbereich zum Profil des Bundesarchivs hinzu, nämlich der Betrieb des ersten vom Bund gegründeten und getragenen Erinnerungsortes deutscher Demokratiegeschichte. Im Residenzschloss von



Barrikadenszene, Quelle:
Bundesarchiv, Erinnerungsstätte
Rastatt, Foto: Reck

Rastatt macht das Bundesarchiv seither die Revolution von 1848/49 erfahrbar – am Originalschauplatz des Aufstandes, bei dem sich badische Soldaten auf die Seite demokratisch gesinnter Bürgerinnen und Bürger stellten. Das heißt: Am Geburtsort der „wehrhaften Demokratie“.

BADEN ALS SCHAUPLATZ DER REVOLUTION, RASTATT ALS STANDORT DES REVOLUTIONSMUSEUMS

»Die Gründung des ersten nationalen Erinnerungsortes für Demokratieggeschichte in einer Kleinstadt in Baden war nicht zufällig.«

Die Gründung des ersten nationalen Erinnerungsortes für Demokratieggeschichte in einer Kleinstadt in Baden war nicht zufällig. Baden war 1848/49 immer wieder zentraler Schauplatz der Ereignisse: Hier brach die Revolution im Februar 1848 aus, hier nahm sie im Juli 1849 ihr Ende. Blutige Aufstände erschütterten das kleine Großherzogtum an der deutsch-französischen Grenze, in dem sich wichtige Etappen, Wegmarken und Wendepunkte der Revolution ereigneten. In den letzten Monaten des Revolutionsgeschehens spielte die unweit der damaligen Landeshauptstadt Karlsruhe gelegene Stadt Rastatt eine zentrale Rolle. Hier erreichte die Revolution kurz vor ihrer Niederschlagung eine vollkommen neue Dimension: Soldaten verbündeten sich mit Revolutionären und Revolutionärinnen – Vertreter der Staatsmacht stellten sich auf die Seite derjenigen Männer und Frauen, die sich für politische Teilhabe, soziale Verbesserungen und Freiheitsrechte einsetzten.

Im Mai 1849 rebellierten in Rastatt auf dem Hof des Residenzschlosses die in der Bundesfestung stationierten Soldaten. Sie waren unzufrieden mit ihrer Versorgung, dem schlechten Lohn und der Behandlung durch ihre Vorgesetzten. Vor allem aber forderten sie, die freiheitliche Reichsverfassung in Kraft zu setzen, die von den gewählten Abgeordneten in der Frankfurter Paulskirche ausgearbeitet und verabschiedet worden war.

Von Rastatt aus weitete sich der Aufstand auf ganz Baden aus. Der Großherzog floh außer Landes nach Koblenz und rief den Deutschen Bund um Hilfe an. Bundestruppen unter preußischer Führung marschierten in Baden ein, drängten die Revolutionsarmee zurück, die schließlich in Rastatt

ihre letzte Zuflucht fand. Über drei Wochen lang belagerten preußische Truppen unter dem Oberbefehl des preußischen Prinzen und späteren deutschen Kaisers Wilhelm I. die Stadt an der Murg. Rastatt wurde zur letzten Bastion der Revolution in Deutschland – die Bundesfestung wurde zur „Freiheitsfestung“. Der Druck durch die Belagerung war allerdings zu groß, die Lage insgesamt aussichtslos. Längst waren die Aufstände im restlichen Baden niedergeschlagen. Am 23. Juli 1849 kapitulierte die Freiheitsfestung bedingungslos.

»Rastatt wurde zur letzten Bastion der Revolution in Deutschland – die Bundesfestung wurde zur „Freiheitsfestung.«

Im Stadtbild Rastatts haben sich viele bedeutsame Orte der Revolution erhalten. Vor allem aber das Residenzschloss ist steinerner Zeuge als Ort des Aufstandes, Versammlungsort der Revolutionsführer sowie Ort des preußischen

Standgerichtes, das 21 Revolutionäre zum Tode und viele andere zu langen Freiheitsstrafen verurteilte. Deshalb wurde es auch 1974 als Standort der Erinnerungsstätte an die Ereignisse der Revolution 1848/49 bestimmt.



Schloss Rastatt, Bundesarchiv-Erinnerungsstätte, 4.10.2010, Quelle: Bundesarchiv, B 198 Bild-2010-1004-001, Fotograf: Torsten Krause

PERSÖNLICHES ERBE UND POLITISCHES STATEMENT

Die Bemühungen Gustav W. Heinemanns um die Gründung eines nationalen Erinnerungsortes für die Revolution von 1848/49 hatten auch etwas mit seiner Familiengeschichte zu tun: „Für Frieden und Freiheit, für Republik und Demokratie! Ich werde an Euch denken!“ Dieses Versprechen notierte der 20-jährige Gustav 1919 in sein Tagebuch (Heinemann 1980: 36). Das Andenken galt dem mütterlichen Familienzweig Walter mit seinem Urgroßvater Jakob und dessen Brüdern Friedrich und Karl Walter, die 1848/49 auf Seiten der Demokraten gekämpft hatten.

Karl Walter hatte sich als Freiwilliger zur badischen Revolutionsarmee gemeldet und am Aufstand in Baden 1849 teilgenommen. In der Schlacht von Waghäusel wurde er

im Frühjahr 1849 schwer verwundet und erlag seinen Verletzungen schließlich in der Festung Rastatt. Die Bezüge seines zweiten Vornamens waren Gustav Heinemann stets präsent, das Andenken an den Revolutionär wurde im Familiengedächtnis gepflegt. Für Heinemann war dies eine Pflicht, der er in seinen politischen Ämtern gerecht zu werden versuchte.

Die Gründung der Erinnerungsstätte fiel in die Zeit einer grundsätzlichen Neuorientierung der Bundesrepublik. Ein neues Geschichtsbild und Selbstverständnis sollten geformt werden – in Abgrenzung zur DDR:

„In der DDR pflegt man bewusst revolutionäre Überlieferungen. [...] Sie werden aber in Entwicklungsstufen zum kommunistischen Zwangsstaat verfremdet. Unerträglich ist es, dass wir dem durch eigene Untätigkeit Vorschub leisten und uns so einen Teil unserer Geschichte entwenden lassen [...]“ mahnte Bundespräsident Heinemann

»Die Gründung der Erinnerungsstätte fiel in die Zeit einer grundsätzlichen Neuorientierung der Bundesrepublik.«

in seiner Ansprache anlässlich der Eröffnung der Erinnerungsstätte (Rede anlässlich der Eröffnung der Erinnerungsstätte am 24.06.1974).

Dem „Nie wieder!“, das konstitutiv für das Selbstverständnis der Bundesrepublik war, wollte Gustav Heinemann ein starkes Selbstbewusstsein für die demokratischen Traditionen in der

deutschen Geschichte an die Seite stellen. Die Erinnerungsstätte sollte zeigen: In der deutschen Geschichte gibt es freiheitlich-demokratische Traditionen, die das Fundament für das Grundgesetz von 1949 bilden.

Am 26. Juni 1974 wurde die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte eröffnet. Beim Festakt fand auch zum ersten Mal die Preisverleihung des damals neu initiierten Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten statt.



Gustav Heinemann bei der Eröffnung der Erinnerungsstätte, Quelle: Bundesarchiv, Bild 146-1974-177-03, Foto: o. Ang.

50 JAHRE ERINNERUNGSARBEIT IM REVOLUTIONSMUSEUM RASTATT

Seit ihrer Eröffnung wurde die Dauerausstellung in der Erinnerungsstätte mehrfach überarbeitet und erweitert. Die Revolution von 1848/49, mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Bedeutung des deutschen Südwestens für diese demokratische Freiheitsbewegung, bildet dabei das Kernthema der Ausstellung, zumal es auf den historischen Ort Bezug nimmt. Wechsel- und Wanderausstellungen zu politischen Themen oder anderen historischen Epochen beleuchten weitere Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte.

Als Lern- und Ausstellungsort diskutiert das Revolutionsmuseum Rastatt die Spannungsmomente zwischen unterschiedlichen Kernwerten – Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und Nationalstaatlichkeit. Mehrere pädagogische Angebote, die sich an verschiedene Klassenstufen richten und unterschiedliche Vorkenntnisse voraussetzen, hält die Erinnerungsstätte im Rahmen ihres historisch-politischen Bildungsauftrages bereit: „Das Recht auf Meinungsfreiheit“ oder „Freiheit in Gefahr“ lauten etwa zwei Thementage, bei denen sich Jugendliche und junge Erwachsene aktiv mit Geschichte und Gegenwart auseinandersetzen können. Sie nehmen aktuelle Gefährdungen und Bedrängungen der Demokratie in den Blick und fragen, was uns die Revolution von 1848/49 heute und im Hinblick auf gegenwärtige Krisen und Anfeindungen zu sagen hat. Aber auch spielerische Zugänge wie Interviews mit Abgeordneten der Paulskirche und Revolutionärinnen oder selbstgemachte Führungen durch die Ausstellung gehören zum Portfolio.

Die Erinnerungsstätte zeigt die Wurzeln der „wehrhaften Demokratie“ auf und erzeugt ein Bewusstsein dafür, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung gleichermaßen fortentwickelt und geschützt werden muss. Demokratie erfordert Bewusstsein, Verantwortung und Anstrengung – für jede Generation aufs Neue.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

-  Heinemann, Gustav Walter: Wir müssen Demokraten sein. Tagebuch der Studienjahre 1919–1922, hrsg. von Brigitte und Helmut Gollwitzer, München 1980.
-  Heinemann, Gustav Walter: Die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Ansprache des Bundespräsidenten aus Anlass der Eröffnung der Erinnerungsstätte in Rastatt am 26. Juni 1974, in: Einigkeit und Recht und Freiheit. Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Katalog zur ständigen Ausstellung, Bönen 2002, S. 21–24.
-  Steinmeier, Frank-Walter: Rede des Bundespräsidenten bei einem Republikanischen Bankett zum 175. Jahrestag der Märzrevolution von 1848 am 17. März 2023 in Schloss Bellevue, URL: <https://www.bundespraesident.de> [eingesehen am: 28.01.2025].
-  Pahl, Henning: Die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte – eine Sonderaufgabe des Bundesarchivs, in: Archive im Kontext. Öffnen, Erhalten und Sichern von Archivgut in Zeiten des Umbruchs. Festschrift für Prof. Dr. Hartmut Weber zum 65. Geburtstag, Düsseldorf 2010, S. 77–96.
-  Thalhofer, Elisabeth: Zwischen Fortschritt und Repression – Baden in der Zeit des Vormärz, in: Stadt Rastatt (Hrsg.): Für die Freiheit! Rastatt und die Revolution 1848/49. Katalog zur Sonderausstellung im Stadtmuseum Rastatt vom 12.05.2024 bis 12.01.2025, Rastatt 2024, S. 8–14.
-  Thalhofer, Elisabeth: Im Zentrum der Ereignisse – Baden in der Revolution 1848/49, in: Stadt Rastatt (Hrsg.): Für die Freiheit! Rastatt und die Revolution 1848/49. Katalog zur Sonderausstellung im Stadtmuseum Rastatt vom 12.05.2024 bis 12.01.2025, Rastatt 2024, S. 15–22.

Autor:in



Dr. Elisabeth Thalsofer ist Leiterin der Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Nach dem Studium der Neueren Geschichte sowie der Neueren deutschen Sprach- und Literaturwissenschaften an der Universität des Saarlandes absolvierte sie ein Archivreferendariat beim Bundesarchiv mit den Stationen Koblenz, Berlin, Ludwigsburg und Marburg.

Erinnerung an 1848/49 in Lörrach: der lokale und der europäische Blick

Jan Merk

Die Revolution 1848/49 ereignet sich europaweit und ist damit einzigartig in der Geschichte. Dies lässt sich brennpunktartig im Dreiländereck um Lörrach, Basel und Mulhouse nachvollziehen. Frankreich setzt mit der Februarrevolution 1848 das Signal für den Kontinent, doch bereits im Juni werden Arbeiterunruhen brutal zusammengeschnitten. 1852 endet schließlich die Zweite Republik mit dem neuen Kaiser Louis Napoléon Bonaparte. In der Schweiz symbolisiert 1847/48 hingegen das Ende der Eidgenossenschaft des Ancien Regime. Die restaurativen Kräfte unterliegen im „Sonderbundskrieg“ und es gelingt 1848, die mit Revisionen bis heute gültige moderne Bundesverfassung zu verabschieden. Auch in den 38 Einzelstaaten des Deutschen Bundes machen die Fürsten im März 1848 viele Zugeständnisse, darunter die Wahl eines gesamtdeutschen Parlaments zur Ausarbeitung einer Reichsverfassung in der Frankfurter Paulskirche. Allerdings festigen die Monarchen zügig wieder ihre Position und der preußische König lehnt im Frühjahr 1849 die ihm angetragene Kaiserwürde schroff ab.

SCHAUPLATZ BADEN

Baden nimmt während der Revolution eine Vorreiterrolle ein. Hier gibt es seit 1818 eine Verfassung und einen Landtag, die Bevölkerung nimmt am politischen Geschehen teil. Die radikaldemokratischen Mannheimer Anwälte Friedrich Hecker und Gustav Struve scheitern im Vorparlament zur Frankfurter Paulskirche mit ihrem Antrag zur sofortigen Ausrufung der Republik. Sie halten nichts von einer konstitutionellen Monarchie und organisieren zwei Aufstände, die von Baden aus ganz Deutschland erreichen sollen. Noch im April 1848 will Hecker

»Baden nimmt während der Revolution eine Vorreiterrolle ein.«



Einzug Gustav Struves in Lörrach am 21. September 1848, Leipziger Illustrierte Zeitung, Quelle: Dreiländermuseum Lörrach

zösischen und schweizerischen Exil organisiert. Im grenznahen Lörrach ruft Struve unter dem Motto „Wohlstand, Bildung, Freiheit für alle“ erstmals planvoll die deutsche Republik mit besonderer Betonung auf sozialer Gerechtigkeit aus. Aber auch dieser Aufstand scheitert militärisch nach wenigen Tagen (Merk 2023).

Nach der Ablehnung der Reichsverfassung durch zahlreiche Fürsten im Frühjahr 1849 ist die Empörung in der Bevölkerung in vielen deutschen Staaten groß. In Baden organisieren sich Bauern, Handwerker und Bürger in den meist kleinen Städten schon in den Wintermonaten in einem landesweiten Netzwerk von rund 500 demokratischen Volksvereinen – an manchen Orten werden sie auch von Frauenvereinen unterstützt. Der Mannheimer Anwalt Lorenz Brentano übernimmt an der Spitze der Volksvereine die Regierungsgewalt, nachdem der Großherzog geflohen und das Militär zu den Aufständischen übergelaufen war. Ein Landtag wird gewählt und für wenige Wochen ist Baden eine Republik. Doch die militärische Übermacht der vom Großherzog zu Hilfe gerufenen Bundestruppen ist im Sommer 1849 siegreich: Mit der Aufgabe der von den Republikanern verteidigten Festung Rastatt am 23. Juli 1849 endet die Revolution in Deutschland.

Die Grenzregion um die badische Amtsstadt Lörrach ist die einzige Region in ganz Baden, die an allen drei Aufständen teilnimmt. Dabei ist vor allem die Rolle der Nachbarländer bei der Netzwerkbildung der Akteure und der Vorbereitung von Erhebungen oder als Rückzugs-, Flucht- und Asylorte von hoher Bedeutsamkeit (Merk et al. 1998).

den Enthusiasmus für die Freiheit im Zuge des in Paris begonnenen „Völkerfrühlings“ nutzen und startet von Konstanz aus. Die Freischaren werden aber bereits wenige Tage später bei Kandern und Freiburg von fürstlichem Militär besiegt. Im September 1848 wird der zweite Aufstand von Struve und wenigen Getreuen, darunter seine Frau Amalie Struve, im fran-

UNTERDRÜCKTE ERINNERUNG

Doch am Ende steht die rücksichtslose Niederschlagung der Revolution durch Bundestruppen unter preußischer Führung nach dem Motto „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“. Die Sieger schreiben, wie immer, Geschichte (Merk 2004). Im konservativen Basel (im Gegensatz zum fortschrittlichen Kanton Basel-Landschaft) wird das badi-sche „Abenteuer 1848“ zum Fastnachtssmotiv. In den deut-schen Staaten malen Spottlieder wie „Der große Hecker“ oder „Der Struwelputsch“ ein Bild hitzköpfiger, dilettan-tischer Revoluzzer ohne Durchblick und Erfolg. Die offiziel-le deutsche Geschichtsschreibung verherrlicht bald die Reichseinigung 1870/71 „von oben“ durch Otto von Bis-marck – der Freiheitsgedanke tritt zurück und die Archive sind für die Erforschung der lokalen Demokratieggeschichte von unten für Jahrzehnte gesperrt.

Die Mutter des standrechtlich erschossenen Revolutionärs Friedrich Neff muss den Grabstein-Spruch für ihren Sohn auf dem Dorffriedhof von Rümplingen ausmeißeln lassen – erst nach 1918 kann er wieder angebracht werden. Nach der Schlacht auf der Scheideck, in der Bundestruppen die Freischaren unter Friedrich Hecker schlugen, errichtet die Familie des Generals von Gagern dort 1890 einen Gedenk-stein. Aber erst 1967 wird dort in ähnlicher Form an die getöteten Revolutionäre und einfachen Soldaten erinnert. Eine Ausnahme ist der Lörracher Gastwirt und Politiker Marcus Pflüger (Hoécker 2019). Als 24-Jähriger fungiert er bei Gustav Struve als Kommandant der Lörracher Bürger-wehr. Seinen freisinnigen Idealen bleibt er später auch als Kommunalpolitiker, als Förderer von Eisenbahn und Bank-wesen sowie als langjähriger Landtags- und Reichstagsab-geordneter treu. So ist es nur folgerichtig, dass er 1898 eine der wenigen öffentlichen Feierlichkeiten zum 50-jährigen Jubiläum der Revolution ausrichtet.

PIONIERARBEIT IN DER WEIMARER REPUBLIK

Auf nationaler Ebene leistet der Historiker Veit Valen-tin mit seiner *Geschichte der Deutschen Revolution von 1848–1849* Pionierarbeit, bleibt aber in der Weimarer Re-publik ein Außenseiter. Auch Forschungen auf regionaler Ebene setzen nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und

des Kaiserreichs ein. So würdigt etwa der Müllheimer Verleger Theodor Scholz auf der Grundlage nun zugänglicher Archivalien in den 1920er Jahren erstmals faktenreich die demokratischen Revolutionäre von 1848/49 (Merk 2019). In seinen Aufsätzen zum 75-jährigen Jubiläum 1923 verwahrt

er sich dagegen, „das ‚tolle Jahr‘ 1848 mit lächelnder Geringschätzung abzutun“, bringe es doch „eine aus tiefsten Tiefen aufgewühlte Volkserhebung im Rahmen einer europäischen Bewegung mit weitblickenden politischen und sozialen Zielen“ hervor (Scholz 1923).



Revolutionsdarstellung von Theodor Scholz, 1926, Quelle: Dreiländermuseum Lörrach

Ungeachtet harter politischer Auseinandersetzungen identifizieren sich die demokratischen Parteien in Teilen mit der badischen Revolutionsgeschichte. Parteiübergreifend wird die gerettete Lörracher Bürgerwehrfahne von 1848 nun auch für aktuelle Veranstaltungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold genutzt. Alle Bemühungen der 1920er Jahre können indes nicht verhindern, dass nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten alte Geschichtsbilder wieder propagiert werden.

Das Ziel der nationalen Einheit wird ins Nationalistische übersteigert, der Freiheitsbegriff umgedeutet, die Gefahr vom „Abgrund der internationalen Revolution“ (Rapp 1937: 277) beschworen.

BUNDESREPUBLIKANISCHES STAATSCREDO

Nach der Katastrophe von Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg wird das 100-jährige Jubiläum im Jahr 1948 nicht nur in der Frankfurter Paulskirche nachdenklich begangen. In Südbaden zeigt die französische Militärregierung eine umfangreiche Ausstellung zur Revolution 1848/49 in Freiburg. Der spätere Bundespräsident Theodor Heuss sieht die Erinnerung als Mahnung und Verpflichtung für eine demokratische Entwicklung nach (west-)europäischem Vorbild – passend zum Staatscredo der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland. Marxistische Geschichtsdeutungen spielen dagegen in Lörrach und Südbaden kaum eine Rolle.

1974 wird auf Initiative von Bundespräsident Gustav Heinemann im nordbadischen Rastatt die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte eröffnet. Auch in Lörrach betonen zwei Jubiläums-Ausstellungen 1948 und 1974 die demokratisch-freiheitlichen Traditionslinien. In den zahlreichen Ortschroniken der Nachkriegszeit aber dominiert noch immer das von den Gegnern geformte Geschichtsbild vom tragischen, verantwortungslosen Abenteuer. Seitenlang werden die Akten zu den Strafaktionen und Entschädigungszahlen referiert, die Ziele und Teilerfolge der Aufständischen hingegen nur knapp behandelt.

»In den zahlreichen Ortschroniken der Nachkriegszeit aber dominiert noch immer das von den Gegnern geformte Geschichtsbild vom tragischen, verantwortungslosen Abenteuer.«

REGION UND EUROPA

Erst das 150-jährige Jubiläum der Revolution bringt 1998 nahezu flächendeckend in Deutschland, insbesondere im deutschen Südwesten, eine Wende. Nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 und dem Ende der Teilung Europas stellen Publikationen, Ausstellungen, Filme, Vortragsreihen, aber auch große Freiheitsfeste die langfristigen demokratischen Errungenschaften von 1848/49 heraus. Die Revolution wird jetzt endgültig populär. Gestärkt wird diese positive Identifizierung vor Ort durch eine Portion badischen Lokalpatriotismus: Baden wird als liberales Musterland unter den deutschen Staaten im 19. Jahrhundert gefeiert (Badisches Landesmuseum 1998).

In Lörrach geben 1998 eine erstmals trinational ausgerichtete Museumsausstellung mit Außenstationen im ganzen Stadtgebiet, ein reichhaltiges Veranstaltungsprogramm, ein hochkarätig besetztes Symposium und ein großes, bürgerschaftlich getragenes Open-Air-Theater im Zentrum der Stadt den Impuls, 2002 eine Bürgerstiftung zu gründen. Um diese Entwicklung langfristig zu verankern, wird seit 2015 alljährlich am Jahrestag der Ausrufung der Republik in Lörrach, am 21. September, der Tag der Demokratie gefeiert. Eine jeweils gegenwartsbezogene Revolutionsrede, eine gemeinsame „Revolutionssuppe“, Veranstaltungen vielfältiger Gruppen und seit 2023 auch ein festlicher „Gala-Abend für alle“ gehören zum Programm (Frick 2023).

Zum 175-jährigen Jubiläum der Revolution 2023 fördert die neu gegründete *Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte* die Entwicklung eines Netzwerks Demokratiebildung an der Volkshochschule im Alten Rathaus, dem Ort der Republikausrufung. Im Dreiländermuseum zeigt die zweisprachige Sonderausstellung „Der Ruf nach Freiheit/L'appel à la liberté“ aktuelle und trinationale Bezüge auf – und dient als Grundlage zur Erneuerung der Demokratieabteilung in der Dauerausstellung.

»Eine gemeinsame, europaweite Erinnerungskultur an 1848 gibt es trotz vieler neuer und wertvoller Publikationen [...] bis heute nicht«

Was prägt die Lörracher Erinnerungskultur an die Revolution 1848/49 spezifisch? Nach dem langen Weg ihrer Durchsetzung gegen widerstrebende Interessen (und auch gegen Gleichgültigkeit), ist es zum einen die selbstbewusste Betonung einer eigenen, wenn auch zeitweise verschütteten demokratischen Tradition, bei der Gustav Struves Lörracher Forderung „Wohlstand, Bildung und Freiheit für Alle!“ stets mit aktuellen Fragestellungen verknüpft wird. Zum anderen sind es die internationalen, europäischen Bezüge. Eine gemeinsame, europaweite Erinnerungskultur zu 1848 gibt es trotz vieler neuer und wertvoller Publikationen (jüngst etwa von Christopher Clark) bis heute nicht. Nach wie vor überlagern nationale Narrative die europäische Perspektive. In der Schweiz wird das Jahr 1848 vor allem als Grundlegung des modernen demokratischen Bundesstaats gesehen. In Frankreich gilt 1848 gegenüber der großen Revolution von 1789 als „quantité négligeable“. Und in Deutschland steht die Komplexität des Geschehens mit den Zielen Freiheit, Einheit und soziale Gerechtigkeit weiterhin im nationalen Fokus.

Die Erinnerung an 1848/49 in der Grenzregion Lörrach bietet dagegen die Chance, ganz konkret Bezüge zwischen diesen Entwicklungen zu erkennen und das Gemeinsame im Ringen um die Durchsetzung von Freiheits- und Menschenrechten in Europa herauszustellen.



Lörracher Ausstellungsplakat 2023, Quelle: Dreiländermuseum Lörrach

LITERATUR

-  Badisches Landesmuseum (Hrsg.): 1848/49. Revolution der deutschen Demokraten in Baden, Baden-Baden 1998.
-  Frick, Lars: Demokratieggeschichte in Lörrach, in: Stadt Lörrach (Hrsg.): Stadtbuch Lörrach, Lörrach 2023, S. 8–15.
-  Hoécker, Carola: Vom Freischärler zum Parlamentarier. Briefe des Reichstagsabgeordneten Marcus Pflüger (1824-1907), Karlsruhe - Bretten 2019.
-  Merk, Jan/Bürgel, Helmut/Moehring, Markus (Hrsg.): Lörrach 1848/49. Essays, Biografien, Dokumente, Projekte. Lörrach 1998.
-  Merk, Jan: „Nationality separates, liberty unites“? The historical commemoration of 1848/49 in Baden, a european frontier region, in: Körner, Axel (Hrsg.): 1848 – a european revolution?, New York 2004, S. 185–206.
-  Merk, Jan: Theodor Scholz und die Revolution 1849, in: Das Markgräflerland, H. 1 (2019), S. 111–122.
-  Merk, Jan: Entschieden für die Republik. Der soziale Demokrat Gustav Struve und der Lörracher Aufstand im September 1848, in: Stadt Lörrach (Hrsg.): Stadtbuch Lörrach, Lörrach 2023, S. 22–29.
-  Rapp, Alfred: Deutsche Geschichte am Oberrhein, Karlsruhe 1937.
-  Scholz, Theodor: Ein Putschversuch vor 75 Jahren, in: Basler Nachrichten, 11.10.1923, o.S.
-  Valentin, Veit: Geschichte der Deutschen Revolution von 1848–1849, Berlin 1930 und 1931.

Autor:in



Jan Merk, Historiker und Leiter des Dreiländermuseums Lörrach, forscht und publiziert zur Demokratie- und Kulturgeschichte am Oberrhein. Er war 2014–2023 Präsident des Museumsverbands Baden-Württemberg und engagiert sich in trinationalen Stiftungen, Netzwerken und Universitäten in der Region um Basel, Freiburg/Br. und Mulhouse.

Planspiel „In der Paulskirche“

Jan Meiser

Die Frankfurter Nationalversammlung und ihre Verfassungsarbeit verkörpern eine wichtige Wegmarke bei der Entwicklung von Demokratie und Grundrechten in Deutschland. Eine Vielzahl der in der Frankfurter Reichsverfassung von 1849 aufgenommenen Grundrechte spielen auch in der heutigen Gesellschaft eine zentrale Rolle. So greifen beispielsweise NGO's bei ihrer Arbeit auf die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit zurück. Ausgehend davon stellt sich die Frage, wie es gelingen kann, Schülerinnen und Schüler auf lebendige und spielerische Weise an dieses wichtige, über einhundert Jahre zurückliegende Ereignis der deutschen Demokratiegeschichte heranzuführen.

»Bei einem Planspiel übernehmen die Lernenden die Rollen unterschiedlicher Akteure innerhalb eines historischen oder aktuellen politischen Szenariums.«



Handbuch für das Planspiel und Abstimmungsvorlage (links). Zeitungsmeldung zur Entstehung der Fraktion Landsberg (Bildmitte). Clipschilder für die Abgeordneten und ihre Fraktionen (rechts und unten). Foto: G. Heß.

Um einen kreativen und dem forschenden Lernen Raum gebenden Ansatz zu verwirklichen, entschied sich das YLAB – Geisteswissenschaftliches Schülerlabor der Georg-August-Universität Göttingen als außerschulischer Lernort für die Vermittlungsmethode des Planspiels. Bei einem Planspiel übernehmen die Lernenden die Rollen unterschiedlicher Akteure innerhalb eines historischen oder aktuellen

politischen Szenariums und erhalten hierdurch die Gelegenheit, die Abläufe eines Ereignisses oder Prozesses zu erfahren. Daher eignet sich diese Vermittlungsmethode gut für die Simulation eines Parlaments und ermöglicht zudem eine intensive Auseinandersetzung mit den Biografien der Abgeordneten des ersten gesamtdeutschen Parlaments,

ihren Geisteshorizonten und politischen Ideen. Das vom YLAB entwickelte Planspiel mit dem Titel „In der Paulskirche“ richtet sich an Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II und dauert ungefähr sieben Zeitstunden.

ZIELSETZUNG DES PLANSPIELS

Mit Hilfe des Planspiels lernen die Jugendlichen die verschiedenen politischen Strömungen der Paulskirche, die sich in den sogenannten Gasthaus-Fraktionen versammelten, kennen. Sie erfahren, dass es in diesem Parlament bereits einen konservativen und linken Liberalismus gab. Zugleich lernen sie, dass die Rolle von Frauen in der Frankfurter Nationalversammlung auf das Zuschauen und Kommentieren von der Galerie aus beschränkt blieb. Sie machen sich mit den Ideen der damaligen demokratischen Bewegung vertraut, von deren parlamentarischen Vertretern erste Impulse zur Lösung der sozialen Frage, wie zum Beispiel die Einführung eines Rechts auf Arbeit, ausgingen.

Anhand des Planspiels erkennen die Teilnehmenden, dass letztendlich keine Fraktion ihr politisches Programm in vollem Umfang durchsetzen konnte. Stattdessen mussten die Abgeordneten in oftmals zähen Verhandlungen um Kompromisse ringen. Sie erkennen hierdurch, dass sich in modernen Verfassungen unterschiedliche politische Wertvorstellungen widerspiegeln, die in einem Diskurs ausgehandelt wurden. Darüber hinaus stellen sie fest, dass viele der Grundrechte, über die damals debattiert wurde, Bestandteile des heutigen Grundgesetzes sind. Ein Anliegen bei der Konzeption des Planspiels war es zudem aufzuzeigen, dass das Leben in freiheitlichen Strukturen keine Selbstverständlichkeit ist. Vielmehr bedurfte es vielfältiger Anstrengungen in Deutschland, um dort dem demokratischen Verfassungsstaat zum Durchbruch zu verhelfen.

Zusätzlich befassen sich die Jugendlichen mit der Funktionsweise des Parlamentarismus, dessen Grundlagen von der Paulskirche im deutschen Kontext entscheidend geprägt wurden. Das betrifft zum Beispiel die fachliche Diskussion in themenbezogenen Ausschüssen oder das Debattieren und Abstimmen im Plenum unter der Anleitung eines Parlamentspräsidiums.

Das Ziel von „In der Paulskirche“ besteht darin, eine Verfassung für einen deutschen Nationalstaat zu entwerfen, die sowohl Vorgaben für die Staats- und Regierungsform, die Grundrechte, das Wahlrecht als auch für die Grenzziehung Deutschlands enthält. Es ist kein Problem, wenn die von den Jugendlichen spielerisch entwickelte Verfassung vom Original der Reichsverfassung von 1849 abweicht.

Im Rahmen einer anschließenden Reflexion besteht die Möglichkeit, die Planspielverfassung inhaltlich mit dem historischen Original zu vergleichen und nach den Optionen ihrer damaligen Realisierbarkeit zu fragen.

SPIELABLAUF

Zu Beginn ordnen sich die Teilnehmenden Kleingruppen zu und wählen das Profil eines historischen Abgeordneten der Nationalversammlung aus. Die Abgeordnetenprofile umfassen unterschiedliche Vorstellungen zu den Themenbereichen Staats- und Regierungsform, Grundrechte und Wahlrecht/zukünftige Grenzen Deutschlands.

Unter den spielbaren Abgeordneten finden sich etwa der liberale Bankier Hermann von Beckerath oder der demokratische evangelische Pfarrer Karl Kotschy, dessen zweite Muttersprache Polnisch war.

Auf diese Weise können die Jugendlichen sehen, dass die Paulskirche kein ausschließliches „Professorenparlament“ darstellte, sondern auch Vertreter anderer Berufe umfasste. Zudem verdeutlichen die Abgeordnetenprofile, welche Auswirkungen die Lebensumstände und die regionale Herkunft der Parlamentarier auf ihr politisches Weltbild hatten. Die Jugendlichen müssen nun ihren Abgeordneten einer der Parlamentsfraktionen, wie zum Beispiel dem Casino, zuordnen, wozu sie Fraktionsprofile zum Abgleich erhalten. Bei der Erstellung der Abgeordnetenprofile achteten die Spielentwickler darauf, dass diese präzise Aussagen zu den drei Themenbereichen beinhalten, sodass die politische Ausrichtung des jeweiligen Parlamentariers klar ersichtlich wird. Die Casino-Fraktion sollte bei der Durchführung die größte Fraktion darstellen, da dies den realen politischen Kräfteverhältnissen in der Paulskirche

entspricht. Zwei Jugendliche übernehmen die Rollen des Parlamentspräsidenten und des Vizepräsidenten. Die Aufgabe des Parlamentspräsidiums besteht vor allem darin, während des Planspiels Kompromisslösungen zwischen den beteiligten Fraktionen herzustellen und die finale Abschlussdebatte zu leiten.

Nach der Zuordnungsphase beginnt für die Teilnehmenden die Arbeit in den drei Fraktionssitzungen und den drei Themenausschüssen. Es gibt dabei insgesamt drei Fraktionssitzungen und zwei Sitzungen in den Ausschüssen.

Innerhalb der ersten Fraktionssitzung überlegen die Jugendlichen, welche politischen Zielsetzungen für ihre Fraktion besonders wichtig sind. So will etwa die liberal-konservative Casino-Fraktion eine konstitutionelle Monarchie mit einem starken Kaiser und ein Zensuswahlrecht durchsetzen, während die linke Fraktion Donnersberg für die Einführung einer sozialen Republik mit einem allgemeinen Männerwahlrecht eintritt. Des Weiteren müssen die Mitglieder der Fraktionen überlegen, wer von ihnen in welchen Ausschuss gehen soll. In den Ausschüssen geht es darum, für die jeweiligen Themenbereiche Allianzen mit den anderen

Fraktionen zu bilden und Kompromisse zu erarbeiten. Dennoch sollten die Fraktionen darauf achten, möglichst viele Punkte ihres Programms umsetzen zu können.

In der zweiten Fraktionssitzung steht dann eine spezielle Wendung an, die eine Spaltung der Casino-Fraktion in die neu zu gründende Fraktion Landsberg vorsieht. Dieses Element soll die oftmals in der Frankfurter Nationalversammlung vorkommenden Fraktionsspaltungen repräsentieren, die sich auf Grund von Differenzen zu spezifischen Fragestellungen ereigneten. Als historische Vorlage greift das Planspiel auf die Entstehung der sich links vom Casino positionierenden Fraktion Landsberg im September 1848 zurück. Zur Gründung dieser Fraktion kam es, da eine Reihe von Casino-Abgeordneten eine stärkere Rolle des zukünftigen deutschen Parlaments sowie ein Wahlrecht auf breiterer Grundlage anstrebte.



Abgeordnetenprofil des Jenaer Richters Christian Schüler (rechts). Spielanleitung für die Abgeordneten (unten). Foto: G. Heß.

Für die Durchführung der Fraktionsspaltung erhalten die Mitglieder der Casino-Fraktion eine Ereigniskarte, die die Unzufriedenheit einiger Fraktionsmitglieder benennt und auf die politische Ausrichtung der neu zu gründenden Fraktion eingeht.

Ausgehend von ihrem Spielerprofil müssen die Casino-Abgeordneten überlegen, welche Abgeordneten sich auf Grund ihrer Programmatik am besten dafür eignen, in die neue Fraktion zu wechseln. Nachdem der Spaltungsprozess abgeschlossen ist, erhalten die Landsberg-Mitglieder

auch ein eigenes Fraktionsprofil. Ein weiteres Spielelement sind die sogenannten Sympathietaler, die ab der zweiten Fraktionssitzung zweimal vergeben werden können. Jede Fraktion erhält vier Taler, die an andere Fraktionen verteilt werden und dem Zweck dienen, auf die Entscheidungen der anderen Fraktion einzuwirken. Dem Präsidium obliegt der Vergabevorgang.



Profile der Fraktionen Donnersberg, Württemberger Hof und Deutscher Hof, Abgeordnetenprofil des Geschichtsprofessors Friedrich Christoph Dahlmann aus Bonn (rechts und unten). Foto: G. Heß.

In der finalen Abschlussdebatte, die vom Parlamentspräsidenten mit einer kurzen Einführungsrede eröffnet wird, diskutieren die Teilnehmenden nacheinander die drei Themenblöcke und stimmen mit einfacher Mehrheit darüber ab. Jede

Fraktion nominiert im Vorfeld einen Redner für einen der Themenbereiche. Bei den Abstimmungen gibt es keine Fraktionsdisziplin, da dieses Instrument in der Paulskirche noch nicht bekannt war. Das Präsidium fasst am Ende die beschlossenen Inhalte noch einmal zusammen.

ERFAHRUNGSWERTE

Das Planspiel wurde von den Jugendlichen der Jahrgangsstufen 10 bis 12 sowie den begleitenden Lehrkräften durchwegs positiv beurteilt. Dabei wird sowohl der Effekt des historischen Lernens, der spielerische Zugang zu demokratischen Aushandlungsprozessen im historischen Setting als auch der motivationsfördernde Aspekt des „spielenden Lernens“ betont.

Viele Jugendliche gaben an, durch das Planspiel einen besseren Einblick in die politischen Herausforderungen erhalten zu haben, mit denen sich die Paulskirche konfrontiert sah. Zudem sei ihnen die große Bedeutung der Kompromissfindung für das Funktionieren parlamentarischer Prozesse bewusst geworden. Das Ereignis der Fraktionsspaltung wird als spannend charakterisiert, da hierdurch noch einmal eine neue Dynamik in das Spielgeschehen komme.

VORBEREITUNG UND KONTAKT

Das Planspiel wird in der Regel im YLAB der Universität Göttingen durchgeführt und kann dort gebucht werden (<https://ylab.uni-goettingen.de/in-der-paulskirche/>). Es besteht zudem die Möglichkeit, den Spieleentwickler Jan Meiser für eine Durchführung anzufragen. Für die Durchführung werden mehrere kleinere Räume oder ein großer Raum benötigt. Zudem muss eine ausreichende Anzahl an Tischen und Stühlen für die Fraktionen und Ausschüsse vorhanden sein. Vorkenntnisse zur 1848er Revolution sind hilfreich, jedoch nicht zwingend erforderlich.

KONTAKT

Planspiel „In der Paulskirche“

Kontaktanfragen an: buero@ylab.uni-goettingen.de

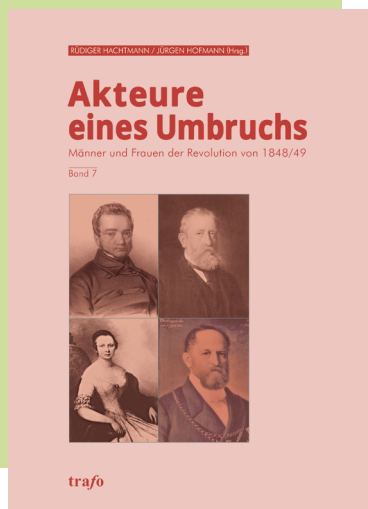
Autor:in



Der Historiker **Jan Meiser** (M.A.) ist im Bereich der historisch-politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zu einer Vielzahl von Themen tätig. Er studierte Geschichte und Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum sowie im Masterstudiengang Geschichte der internationalen Politik an der Philipps-Universität Marburg. Von 2021 bis 2022 war er Bildungsreferent für das YLAB Göttingen und entwickelte dort das Planspiel „In der Paulskirche“. Für den Sammelband „1848/49 in Westfalen-Lippe: Biografische Schlaglichter aus der revolutionshistorischen Peripherie“ (2023) veröffentlichte er eine politische Biografie über den linksliberalen Paulskirchenabgeordneten August Ziegert.

Begrenzte Erinnerung an Vielfalt. Rezension „Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49“

Sabrina Pfefferle



Cover des Bandes,
© Trafo-Verlag. Weitere
Nachweise siehe Impressum.

Die Namen Hecker, Blum und von Gagern sind vermutlich einigen Leser:innen bekannt, sei es aus dem Geschichtsunterricht, literarischen Werken, Liedern oder von Straßennamen. Die drei populären Akteure verkörpern das breite politische Spektrum der Revolution von 1848/49 – diese weist allerdings weitere Facetten auf, die weder in Hecker, Blum noch von Gagern Repräsentation finden: ihre europäische, soziale und wirtschaftliche Dimension ebenso wie die Rolle von Frauen in der Revolution. Diese Lücken möchte die Reihe *Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49* mithilfe eines biografischen Ansatzes schließen. Der siebte Band, herausgegeben von Rüdiger Hachtmann und Jürgen Hofmann, erscheint im Frühjahr 2025 und wird im Folgenden vorgestellt.

ZIELE DES BANDES

Das anspruchsvolle Ziel der Herausgeber lautet „das gesamte, während des Revolutionsjahres besonders [sic!] Spektrum an Verhaltensmustern, politischen Einstellungen und auch ‚Gefühlswelten‘ über die ‚Sonde‘ Biografie sichtbar [zu] machen“. (S. 12). Die tiefgreifende, psychologische Annäherung an ein möglichst diverses Feld an Akteur:innen steht hierbei im Zentrum. Dabei meinen die Herausgeber mit Diversität nicht nur politische Einstellungen, sondern auch Alter, Geschlecht, soziales Milieu, Art des

Engagements sowie den Wirkungsraum der Protagonist:innen. Gerade die Überwindung einer gewissen „Germanozentriertheit“ (S. 10), die sie an anderen Publikationen und der deutschen Forschungsrichtung kritisieren, ist das Ziel der Reihe.

Zudem sollen Akteur:innen Beachtung finden, die in der Forschung bislang kaum berücksichtigt wurden. Dazu gehören Menschen niedriger sozioökonomischer Schichten, insbesondere der organisierten Arbeiterbewegung, welche die internationale Ausrichtung der Bewegung betonten. Gleichzeitig räumen die Herausgeber methodische Schwierigkeiten ein, die individuellen Einstellungen weniger privilegierter Akteur:innen zu rekonstruieren: Diese konnten häufig weder lesen noch schreiben und hinterließen so nur selten Selbstzeugnisse. Daher werden im Band – entgegen dem eigenen Anspruch – überwiegend bürgerliche und adlige Persönlichkeiten vorgestellt.

AUFBAU UND QUELLEN

In neun Biografien werden verschiedene Protagonist:innen der Revolution 1848/49 präsentiert. Dabei schlägt sich der im Vorwort formulierte Anspruch der (Geschlechts-)Diversität leider nicht in der Auswahl der Beitrags-Autor:innen nieder. Mit einem Aufsatz über die Entwicklung der Revolutionsforschung anhand der 1973 erschienenen *Illustrierten Geschichte der deutschen Revolution 1848/49* wird der biografische Schwerpunkt des Bandes erweitert. Ergänzend besteht er aus einem Verzeichnis bisher erschie- nener Biografien, einem Personenregister sowie Bild- und Autor:innenverzeichnissen.

Die biografischen Porträts decken ein breites Spektrum politischer Schattierungen und sozialer Hintergründe ab: So findet sowohl Erzherzog Johann von Österreich, vorgestellt von Tobias Hirschmüller, als Vermittler zwischen Monarchie und revolutionären Kräften seinen Platz im Band, als auch der evangelische Theologe und Historiker Gotthold Heine, der seine oppositionelle Haltung aus der eigenen jüdischen Herkunft herleitete und ein Ende sozialer und rechtlicher Diskri-

»Die biografischen Porträts decken ein breites Spektrum politischer Schattierungen und sozialer Hintergründe ab.«

minierung von Juden forderte. Heine wird von Christoph Hamann vorgestellt. Die Einbeziehung weniger bekannter Akteur:innen – wie Emilie Emma von Hallberg, die Teil der frühkommunistischen Arbeiterbewegung war, und Eduard Kauffer, dem „Sänger der Revolution“ (S. 16) – erweitern den Blick auf unterschiedliche gesellschaftliche Milieus und Formen des Engagements.

Die Beiträge schöpfen aus einer reichen Quellengrundlage: Dazu zählen die Aufzeichnungen und Briefe Marie Pinders, Ehefrau des Regierungspräsidenten der preußischen Provinz Schlesiens Julius Hermann Pinder, welche die Revolutionsjahre mit eher distanzierendem Blick beobachtete. Zudem sind die autobiografischen Erinnerungen Hugo Wolfs, der sich als Schüler an der badischen Mairevolution 1849 beteiligte, sowie die Artikel des Journalisten Josef Ficklers in den *Konstanzer Seeblättern* zu erwähnen. Dabei bestehen große Unterschiede, welchen Raum die Darlegung und kritische Reflexion der verwendeten Quellen einnimmt – im Beitrag über Hugo Wolf ist dies besonders gelungen. Alle Texte enthalten zudem ein Porträtbild ihrer Protagonist:innen. Im Folgenden soll eine ausgewählte Biografie vorgestellt werden, um einen Einblick in die zeithistorische Einbettung der Akteur:innen zu bieten.

EINBLICK IN DIE BIOGRAFIE KAROL LIBELTS

Die von Daniela Fuchs verfasste Biografie des polnischen Universalgelehrten und Politikers Karol Libelt (1807–1875) steht exemplarisch für die europäische Dimension der Vormärz-Revolutionen und bietet einen hervorragenden Einblick in die historischen Ereignisse in Deutschland und Polen. Dabei geht die Autorin stärker vom historischen Kontext als von der Figur Libelts selbst. Diese Dominanz der Ereignisse gegenüber dem handelnden Akteur in der narrativen Struktur des Aufsatzes spiegelt möglicherweise gerade die Dynamik des (Vor-)Revolutionsgeschehens wider. Gleichzeitig verortet die Autorin ihren Protagonisten sorgfältig: Sie folgt schrittweise den Lebensstationen Libelts, sodass die dabei sichtbar werdenden länderübergreifenden, personalen Verflechtungen das Bild eines Netzwerks entstehen lassen. Dass sich in diesem Netzwerk zunehmend lose Stellen bilden, ist ein zentraler Befund

der Autorin: Libelt kritisierte die zunehmende Erosion des „Prinzip[s] der Nationalitäten“ (S. 51) im Verlauf der deutschen Revolution. An dessen Stelle wären Forderungen nach einem „gesunden Volksegoismus und das Recht des Stärkeren“ getreten (S. 51). Die Biografin verknüpft diese zunehmende Konkurrenz nationaler Bestrebungen mit der persönlichen „Lerngeschichte“ des Protagonisten: Libelt erkannte, dass die angestrebte deutsche Einheit auch die Gefahr deutscher Expansionsbestrebungen in sich barg, und forderte als Gegenbewegung einen Zusammenschluss der slawischen Völker. Diese Darstellung der Verflechtungen zwischen historischen und biografischen Entwicklungen macht den Beitrag besonders wertvoll.

EINSATZ IN DER SCHULISCHEN BILDUNG

Der Einsatz der im Band enthaltenen Biografien im schulischen Bildungskontext birgt großes Potenzial. Sie bieten greifbare Anknüpfungspunkte für eine multiperspektivische Geschichtsbetrachtung und veranschaulichen politische, soziale und kulturelle Entwicklungen anhand individueller Lebensgeschichten. Die Biografien können in höheren Klassenstufen als Grundlage verschiedener Unterrichtsmethoden – wie etwa Projektarbeiten, Debattenrunden oder historische Rollenspiele – dienen. In vermittelter Form können sie auch in unteren Jahrgängen Lehrkräfte dabei unterstützen, neue Akteur:innen der Revolution vorzustellen. Zuletzt gibt der Band auch Hinweise für weitere aufschlussreiche Quellen.

Auf didaktischer Ebene fördern die unterschiedlichen sozialen Hintergründe und Formen des Engagements der vorgestellten Akteur:innen das Verständnis für die Heterogenität der Revolutionsbewegung. Besonders die europäische Dimension des Bandes lädt dazu ein, nationale und internationale Perspektiven miteinander zu verknüpfen und die transnationale Verflechtung von Revolutionen zu thematisieren. Diese Dimension kann als Ausgangspunkt für eine kritische Auseinandersetzung mit der Revolution von 1848/49 sowie den sich in ihr verstärkenden nationalstaatlichen und nationalistischen Bestrebungen dienen, die auch im schulischen Unterricht von Bedeutung wäre.

FAZIT

Die Herausgeber erreichen ihr Ziel, ein breites Spektrum von Akteur:innen und Einstellungen sichtbar zu machen. Gleichzeitig muss von einer begrenzten Vielfalt gesprochen werden: Es fehlen Protagonist:innen aus der frühen Arbeiterbewegung sowie national-kritische Stimmen. Diese Lücken werden von den Herausgebern vor allem methodisch begründet. Doch auch in Beiträgen, die in der Erinnerung an die Revolution stärker marginalisierte Akteur:innen ins Zentrum rücken – zum Beispiel Frauen –, könnte der Gewinn durch diese neuen Blickwinkel genauer reflektiert werden.

Die europäischen Verflechtungen der Märzrevolutionen hingegen werden aufschlussreich veranschaulicht, ebenso wie die Herausforderungen, die mit der Verwendung autobiografischer Quellen verbunden sind. Auch aufgrund der breiten, bisher teilweise unerschlossenen Quellenbasis leistet der Band einen wichtigen Beitrag zur Revolutionsforschung. Er berücksichtigt bekannte und unbekanntere Persönlichkeiten gleichermaßen und bindet ihre individuellen Geschichten in die historische Dynamik der Revolution von 1848/49 ein. Dabei wird die angestrebte psychologische Tiefe – die Reflexion von Verhaltensmustern und „Gefühlswelten“ (S. 12) – jedoch teilweise durch den starken Fokus auf die historischen Ereignisse verstellt. Insgesamt lädt der Band dazu ein, die selektive Erinnerung an bestimmte Akteur:innen und so das eigene Verständnis der Revolution von 1848/49 zu erweitern.

LITERATUR



Hachtmann, Rüdiger/Hofmann, Jürgen (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Band 7, Berlin 2025.

Autor:in



Sabrina Pfefferle ist Studentin am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin und studentische Mitarbeiterin im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ).

Deutsche Revolutionen im Unterricht. Empfehlungen zu Bildungs- und Lehrmaterialien zu 1848 und 1989

Stephanie Beetz

Die Revolution von 1848 in Deutschland, ein zentrales Ereignis für die Entwicklung der Demokratie und die Staatenbildung, erweist sich im Geschichtsunterricht oft als ein anspruchsvolles Thema, das nicht leicht zu vermitteln ist. Die folgenden Lehrmaterialien für die Sekundarstufen I und II nähern sich dem 18. März 1848 innovativ und regen Schüler*innen an, die Rolle von 1848 in der deutschen Demokratiegeschichte aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten. Einige Bildungsmaterialien sind für Schüler*innen mit örtlicher Nähe zu den Schauplätzen des 18. März 1848 zugeschnitten und daher besonders interessant. Dennoch können die Lehrmaterialien auch unabhängig davon im Geschichtsunterricht oder im Rahmen von Klassenfahrten an diese historischen Orte genutzt werden.

»Die Revolution von 1848 in Deutschland [...] erweist sich im Geschichtsunterricht oft als ein anspruchsvolles Thema.«

MEILENSTEINE DER DEUTSCHEN DEMOKRATIEGESCHICHTE – THEMENBLÄTTER DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Die Bundeszentrale für politische Bildung thematisiert die deutsche Revolution 1848 sowie die erste freie Volkskammerwahl der DDR 1990 und stellt eine Verbindung zwischen diesen beiden Ereignissen her. Die Themenblätter geben zunächst eine inhaltliche Einführung und beschreiben, was sich an den jeweiligen Daten zugetragen hat. Hier zieht der Text bereits erste Parallelen zwischen 1848 und 1990, indem etwa Gemeinsamkeiten zwischen den Demonstrationen und Forderungen der Bürger*innen von 1848 sowie 1989/90 angeführt werden. Gleichzeitig wird ihr jeweiliger Stellenwert in der deutschen Erinnerungskultur thematisiert.

Den *Themenblättern* sind acht verschiedene Arbeitsblätter beigelegt, die angestrebte Lernziele formulieren und von den Schüler*innen in Arbeitsgruppen bearbeitet werden können. Die jeweiligen inhaltlichen Schwerpunkte behandeln neben den Ereignissen selbst auch die Erinnerungspolitik an sie sowie die Debatte um den 18. März als öffentlichen Gedenk- und Feiertag.

Dieses Bildungsmaterial regt dazu an, die Märzforderungen von 1848 und die erste freie Volkskammerwahl der DDR 1990, der die Friedliche Revolution vorausgegangen ist, im Schulunterricht gemeinsam zu betrachten und so die Pluralität der deutschen Demokratiegeschichte besser zu verstehen. Gleichzeitig können in der Bearbeitung der Arbeitsblätter individuelle Schwerpunkte durch die Lehrkraft gesetzt werden.

AUF DEN SPUREN VON 1848 DURCH DIE BERLIN HISTORY APP

Die *Berlin History App* macht in themenspezifischen Stadtrundgängen und kurzen Audiobeiträgen verschiedene historische Ereignisse in der Stadt der letzten 200 Jahre zugänglich. Seit dem 175. Jahrestag der Märzrevolution 2023 bietet die kostenfreie App auch eine spezielle Möglichkeit, sich dem 18. März 1848 zu nähern und dabei die historischen Austragungsorte der Revolution in Berlin zu besuchen.

Der Rundgang beginnt im Tiergarten und nimmt die Nutzer*innen zu den oppositionellen Volksversammlungen mit, die dort Anfang März 1848 stattfanden, und endet am Friedhof der Märzgefallenen im Volkspark Friedrichshain. Die Besucher*innen werden bei dem rund zweistündigen Spaziergang von Audiobeiträgen und historischen Bildern zu allen zentralen Orten der Revolution begleitet. Vor allem der Besuch am Humboldtforum, dem ehemaligen Berliner Schloss, an dem sich die Barrikadenkämpfe zwischen den Demonstrierenden und den Soldaten der preußischen Armee am 18. März 1848 zugetragen haben, sowie der Besuch am Gendarmenmarkt, auf dem die Gefallenen der Märzrevolution am 22. März 1848 aufgebahrt wurden, sind besonders eindrücklich gestaltet.

Auch Informationen zum Alltagsleben verschiedener gesellschaftlicher Gruppen um 1848 sowie biographische Informationen zu einzelnen Revolutionären und Soldaten bieten den Nutzer*innen die Möglichkeit, die Ereignisse von 1848 zu kontextualisieren und sich das Leben der Bürger*innen vorzustellen.

Die *Berlin History App* zeichnet sich vor allem durch ihre Vielseitigkeit aus und ermöglicht es, sich den 18. März 1848 im modernen Berlin einprägsam vorzustellen. Sie eignet sich hervorragend für Klassenausflüge, ist aber auch so konzipiert, dass der Audiorundgang problemlos im Klassenzimmer oder von zu Hause aus durchgeführt werden kann.

DIE ROLLE VON FRAUEN IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATIEGESCHICHTE

Die Rolle von Frauen in Demokratiebewegungen und der Geschichte der politischen Partizipation spielt häufig eine sekundäre Rolle und wird in der Geschichtswissenschaft sowie im klassischen Schulunterricht bisher nur unzu-

reichend behandelt. An diese Bildungs- und Erinnerungslücke knüpft das Lehrmaterial *Mit Verstand und Tatkraft – Frauen kämpfen für die Demokratie* an.



Logo des Projekts „Mit Verstand und Tatkraft“, 2025.
Quelle: Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung.

Das von der *Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte* geförderte

Bildungsmaterial setzt direkt an den Orten des Geschehens an. In Arbeitsblättern lernen die Schüler*innen wichtige Protagonistinnen der Revolutionen, wie etwa Louise Otto-Peters (1848) oder Katrin Hattenhauer (1989), und deren Forderungen in ihren historischen Kontexten kennen. Nach einer ersten inhaltlichen Einführung können die Schüler*innen in einem Workshop kurze Videos an den Orten der Revolutionen in Frankfurt am Main bzw. Leipzig entwickeln und so durch filmisches Erzählen die Ereignisse rekonstruieren und dabei gleichzeitig einen Bezug zur Gegenwart herstellen.

Die Lehrmaterialien und ein modularer Leitfaden zur Einbettung in den Geschichtsunterricht sind ab Frühjahr 2025 auf der Website der Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung verfügbar.

EMPFEHLUNGEN

- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) mit C. Hamann (Autor): 18. März 1848/1990. Meilensteine der deutschen Demokratiegeschichte. Themenblätter im Unterricht, 2020, URL: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/bpb_TB_extra_18_Maerz_BF.pdf [eingesehen am 27.01.2025].
- Berlin History App: Audiowalk zur Märzrevolution 1848 in Berlin, 2023, URL: <https://berlinhistory.app/> [eingesehen am 27.01.2025].
- Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung (Hrsg.): Digitales Bildungsprojekt „Mit Verstand und Tatkraft – Frauen kämpfen für die Demokratie“. Homepage mit Bildungsmaterialien in Vorbereitung. URL: <https://jugend-und-bildung.de/aktuelles/mit-verstand-und-tatkraft-frauen-kaempfen-fuer-die-demokratie/> [eingesehen am 27.01.2025].

Autor:in



Stephanie Beetz ist studentisches Mitglied der LaG-Redaktion.

Impressum

Herausgeberin:



AGENTUR FÜR
BILDUNG
GESCHICHTE
POLITIK

Agentur für Bildung, Geschichte und Politik e.V.
Dieffenbachstraße 76, 10967 Berlin, Tel.: 030 – 25 79 42 60

E-Mailadresse: kontakt@agentur-bildung.de

Webseite: <http://agentur-bildung.de>

Vorstand:

Adina Stern, E-Mail: stern@agentur-bildung.de
Dr. Birgit Wenzel, E-Mail: wenzel@agentur-bildung.de
Prof. Dr. Dorothee Wierling, E-Mail: wierling@agentur-bildung.de

Vereinsregister beim Amtsgericht:

Amtsgericht Charlottenburg
Vereinsregisternummer: VR 27817 B

Förderer:

Gefördert mit Mitteln der Stiftung Orte der
deutschen Demokratiegeschichte



STIFTUNG ORTE DER DEUTSCHEN
DEMOKRATIEGESCHICHTE

Die Verantwortung für die inhaltlichen Aussagen
liegt jeweils bei den Autor*innen.

Redaktion: Ulrike Rothe (V.i.S.d.P.), Stephanie Beetz,
Sören Isele und Tobias Rischk

Gestaltung: Infotext Berlin, Johanna Hoffmann

Satz: Vanessa Gonschorek (www.VG-Design.eu)

Lektorat: Adina Stern

Titelbild: Straßenschild „Platz des 18. März“ am Brandenburger Tor
Berlin (2016). Quelle: Aktion 18. März.

Innenbild (Inhaltsverzeichnis): Schild „Platz der Märzrevolution“ in
einem Berliner Hinterhof (2017). Foto: Volker Schröder.

ISSN: 2941-6094

Soweit nicht abweichend gekennzeichnet, zur Nachnutzung
freigegeben unter der [Creative Commons Lizenz CC BY NC ND 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/)



Impressum

Bildnachweis S. 78 Coverbild: Links oben: Porträt von Karol Libelt (nach 1853). Bildautor(in): Maksymilian Fajans (1827–1890). Quelle: Karol Libelt. PNG - Wikimedia Commons <http://zbc.uz.zgora.pl/dlibra/docmetadata?id=9452&from=publication&> [gemeinfrei]; Rechts oben: Hugo Wolf (1830–1900) im Jahr 1892: Portrait des Heidelberger Malers Guido Schmitt (1834–1922). Quelle: Archiv Christoph Hamann; Links unten: Marie Pinder auf einem zeitgenössischen Porträt. Maler unbekannt. Quelle: Mit freundlicher Genehmigung des Familienarchiv Pinder, Frankfurt/M.; Rechts unten: Julius Hermann Pinder, Oberbürgermeister von Breslau. Maler unbekannt. Quelle: JuliusHermannPinder.jpg (632×794) (wikimedia.org). [Gemeinfrei].